

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

9. Jahrgang.

Donnerstag: 9. Mai 1929.

Nr. 109.

Soll und Haben.

Reparationsauschuß bis Freitag vertagt.

Paris, 8. Mai. Havas teilt zu den deutschen Reparationsverhandlungen mit, daß die deutsche Delegation noch heute abends den interessierten Delegationen den Text des Memorandums übergeben werde, das die deutsche Delegation in Beantwortung auf die im Plane Owen Youngs enthaltenen Vorschläge ausgearbeitet habe. Gewisse Angaben über das Wesen und den Umfang dieser Vorbehalte liegen noch nicht vor.

Der Expertenaußschuß wird morgen mit Rücksicht auf den Himmelstesttag seine Arbeiten unterbrechen, so daß die Delegierten der Gläubigermächte erst Freitag früh zur Prüfung des deutschen Memorandums zusammenzutreten werden. Diese Prüfung wird voraussichtlich bis Anfang nächster Woche dauern.

Havas fährt fort: Aus den Informationen, die wir erhalten haben, geht hervor, daß den einzelnen Gläubigerstaaten folgende Anteile, diskontiert auf den gegenwärtigen Wert, zugewiesen werden:

England: Die Deckung der Schulden nach den in der Valfournote dargelegten Grundlagen.

Belgien: Die Deckung der Schulden und außerdem ein Reparationsanteil von rund 1150 Millionen Goldmark.

Frankreich: Die Deckung der Schulden und außerdem ein Reparationsanteil von etwas über 7000 Milliarden Goldmark.

Italien: Die Deckung der Schulden und außerdem ein Reparationsanteil von etwas weniger als einer Milliarde Goldmark.

Nach dem Memorandum der Gläubigermächte sollten von den Reparationen erhalten:

England: Die Deckung der Schulden und außerdem einen Reparationsanteil von einer Milliarde Goldmark.

Belgien: Die Deckung der Schulden und einen Reparationsanteil von zwei Milliarden Goldmark.

Frankreich: Die Deckung seiner Schulden und einen Reparationsanteil von acht Milliarden Goldmark.

Italien: Die Deckung seiner Schulden und einen Reparationsanteil von 1300 Millionen Goldmark.

Nach beiden Plänen erhalten die kleinen Mächte denjenigen prozentuellen Anteil an den Reparationen, auf den sie berechnete Ansprüche erheben können.

Das geheiligte Privateigentum.

Draconische Strafe wegen einer Flugchrift.

Budapest, 8. Mai. Der Advokat Dr. Eugen Kih, ein extrem linksstehendes Mitglied der Budapest Stadtrepräsentanz, hatte sich heute vor dem Budapest Strafgerichtshof wegen Herausgabe einer im Herbst vorigen Jahres verbreiteten Flugchrift zu verantworten, die einen Aufruf an die Arbeiterschaft enthielt, die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse mit Gewalt herzustellen. Das Gericht verurteilte Dr. Kih wegen Aufreizung gegen das Privateigentum sowie wegen Aufstachelung und Anschuldung gegen die Institution des Königtums zu drei Jahren Kerker und ordnete seine sofortige Verhaftung an.

Massenverhaftungen in Kowno.

Memel, 8. Mai. Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Im Laufe der Nacht zum Dienstag und des gestrigen Tages wurden 58 Personen verhaftet und weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Der Innenminister hat für die Ergreifung der Attentäter eine hohe Belohnung ausgesetzt. In der Stadt und im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Bandenunwesen an der afghanischen Grenze.

Moskau, 8. Mai. (Tsch.) Vier Basmatschibanden sind Ende des vergangenen Monats aus Afghanistan in die Sowjetrepublik Tadschikistan eingedrungen, haben Plünderungen verübt und Sowjetinstitutionen überfallen. Drei Banden wurden durch Truppenteile der Roten Armee teilweise vernichtet, teilweise zerstört, eine vierte Gruppe trat den Rückzug an. Wie Gefangene berichten, rüstet eine neue Bande unter dem alten Basmatschiführer Dorahimbed einen Einfall in die Sowjetunion. Das Militärkommando hat Maßnahmen zur Liquidierung der Banden getroffen.

„Bewaffneter Aufstand“ oder „Blutbad unter Unbewaffneten?“

Wobei bleibt's?

Die kommunistischen Instanzen und Zeitungen in Deutschland, bei uns und „im Weltmaßstab“ stehen jetzt vor keiner kleinen Aufgabe: Sie haben einerseits der Arbeiterschaft nachzuweisen, daß die „sozialdemokratischen Verbände“ in Berlin die kommunistische „Vorhut“, als sie, Klassenbewußt, revolutionär, aber friedlich und unbewaffnet den 1. Mai beging, grundlos niedergemetzelt haben, andererseits ist aber gleichzeitig der Beweis zu erbringen, daß die Berliner Kommunisten der Bourgeoisie, dem Weltimperialismus und den Sozialverrätern am 1. Mai bewußt, tadellos, zur Revolution oder doch zumindest zum Bürgerkrieg entschlossen, eine herrliche Schlacht lieferten.

Der Nachweis, wie einer Opferlamme und Heros zu gleicher Zeit sein könne, ist nicht einfach; dazu reichen die Kräfte der reichsdeutschen Kommunisten nicht aus, ja damit würde nicht einmal der Paul Reimann fertig. Doch was tut Gott? Was befindet Stalin? Ueber Nacht wächst aus dem Boden der kommunistischen Internationale, ohne daß jemals jemand etwas von einer Wahl oder auch nur einen Moskauer Mas gehört hätte, ein „Westeuropäisches Büro“ dieser Internationale, das seinen Sitz in Brüssel hat und daher über die Vorgänge im fernem Berlin besser als sonstwer unterrichtet ist. In einem Aufruf dieses Westeuropäischen Büros „an die Proletarier Europas“ wird nun das schwierige Problem „Opferlamme und Held zugleich“ in folgender Weise gelöst:

„Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel überfiel in der gemeinsten provokatorischen Weise die besten Arbeiterbezirke Berlins . . . mißhandelte die Polizeibanden tierisch die Arbeiterbevölkerung, so rächte sich die verteilte Sozialdemokratie an den Arbeitern Berlins . . .“

Also? Die kommunistischen Unschuldslämmer wurden förmlich im Schlaf überfallen!

Ein wenig weiter unten heißt es aber in demselben Aufruf:

„Der ruhmreiche Kampf des Berliner Proletariats fällt eine neue Seite der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.“

Also? Die kommunistischen Helden haben der Bourgeoisie eine Schlacht geliefert!

Doch nein!
„Unbewaffnet und erbittert hat das Berliner Proletariat sich einige Tage lang auf der Straße gegen den ihm überlegenen und glänzend bewaffneten Klassenfeind gewehrt.“

Also? Die Kommunisten wollten gar nicht kämpfen, sondern haben sich bloß verteidigt.

Die Frage wird laut: wo mit haben sie sich verteidigt, da sie doch „unbewaffnet“ waren? Ja richtig! Sie waren ja — „erbittert!“ Und das genügt doch reichlich, wenn man selbst keinen Angriffswillen hat! Aber da lesen wir wiederum:

„Am 1. Mai 1929 und in den folgenden Tagen nahm das deutsche Proletariat Revanche für den 4. August der deutschen Sozialdemokratie.“

Also? Die Kommunisten sind ausgezogen, um eine Schlacht zu schlagen, und sie haben sie gewonnen, haben endlich Abrechnung gehalten!

Auch nicht richtig! Denn da heißt es wiederum:

„es hat diesen Feind nicht besiegt . . . es ist zunächst zurückgewichen . . .“

Begreiflich, da sie doch unbewaffnet waren. Ja, aber da erfahren wir wiederum aus den bolschewistischen Glückwünschtelegrammen, die die deutschen Kommunisten erhielten, daß man

in Rußland begeistert ist von dem „bewaffneten Aufstand“ in Berlin!

Und wenn das Westeuropäische Büro behauptet, daß

„Die deutsche Sozialdemokratie mit Hilfe eines offenen Bürgerkrieges die Vorhut des deutschen Proletariats zu erlösen beabsichtigt“,

worüber dieses Büro einschließlich ausspricht, so sind wiederum

„die bolschewistischen Telegramme in Begeisterung über den Bürgerkrieg in Berlin“.

Wo woei bleibt's? Haben die Berliner Kommunisten den Bürgerkrieg, die Revanche gewollt, haben sie bewußt

„der Polizei einen Waffengang“ geliefert“ oder hat

„die deutsche Sozialdemokratie im Auftrage des Kapitals ein Blutbad unter den Berliner Arbeitern angerichtet?“

Das Westeuropäische Büro schließt mit dem „Blutbad“. Natürlich. Denn wichtiger als Revanche, Bürgerkrieg und Weltrevolution ist doch schließlich der

Kampf gegen die Sozialdemokratie und im Sinne dieses Kampfes ist selbstverständlich ein „Blutbad“ besser als die Revolution. Und schließlich kann ja auch von Revolution dort kaum die Rede sein, wo die Arbeiter

unbewaffnet waren! Doch halt! Der Berliner „Vorwärts“ berichtet,

daß sein langjähriger Austräger Benzloff am Freitagmorgen in Ausübung seines Dienstes von Kommunisten niedergeschossen wurde und nun an einem schweren Hüftschuß darniederliegt. Genosse Benzloff schied, wie er von Arbeitern, die Barrikaden bauten, mehrmals beschossen wurde. Der erste Schuß durchschlug die Maske, in der Benzloff die „Vorwärts“-Exemplare trug, der zweite Schuß traf ihn.

Genosse Benzloff, den die Kommunisten sehr genau kennen, wurde schon früher wiederholt von ihnen angerepelt und schon öfters verhöhnt sie, ihm die Zeitungen wegnehmen. Nun haben sie sich also, im Laufe der Weltrevolution (oder in der Verteidigung?) an ihm gerächt.

Die Kommunisten waren also, woran ja übrigens kein Mensch zweifelte, bewaffnet und

„ihre „ruhmreiche Kampf“ bestand unter anderem darin, daß sie einen sozialdemokratischen Arbeiter meuchlings über den Haufen schossen.“

In solchem Falle ist das „Berliner Proletariat“ nicht „zunächst zurückgewichen, weil es — keine Waffen in der Hand hatte“.

Um bei unseren Lesern keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Das Westeuropäische Büro der kommunistischen Internationale erzählt darüber, daß die Kommunisten sich an der „verteiltsten Sozialdemokratie durch den Mordversuch an einem Arbeiter, der seine Parteipflicht erfüllte, rächen wollten, natürlich nichts. Und auch davon weiß man von Brüssel aus den „Proletariern Europas“ nichts mitzuteilen, daß

die kommunistischen Helden und Lämmer während der Unruhetage „Vorwärts“-Zirkeln plünderten, mit vorgehaltenen Revolvern die Klassen erbrachen und alles stahlen, was nicht viel und nagelst war!

Und aus all dem erhellt neuerdings die Tatsache bekannter Tatsache:

Die Berliner Kommunisten haben weder Weltrevolution und Bürgerkrieg mit ihrem Putz zu machen versucht, noch sind sie etwa als anständige Arbeiter bei einer würdigen Demonstration überfallen worden. Sondern sie haben einen Zusammenstoß provoziert und haben in der gemeinsten, unproletarischsten und unmenschenlichsten Weise zwei Duzend Proleten den Polizeijesen entgegengejagt, direkt ans Messer geliefert, um dem einzigen Kampf aufzuhelfen, denn sie noch zu führen imstande sind, dem

Kampf gegen die Sozialdemokratie, Kampf gegen das Proletariat, Kampf gegen die Klassen, Klassenbewußt, anständige Arbeiterschaft!

Der grüne Parteitag.

Und die erlaubte Internationale.

Die geistigen Argumente unserer Gegner waren stets sehr armielig. Was da an „Material“ in den Zeitläutchen der bürgerlichen Parteien zur gelegentlichen Hervorholung aufbewahrt wurde und noch wird, ging niemals über vulgäre Entstellungen und Verdrehungen unseres Programms, unserer Ziele hinaus. Einen Hauptschlagler sämtlicher bürgerlichen Parteien, inklusive die deutschen Agrarier, mit dem sie jahrzehntelang gegen die deutschen Sozialdemokraten treiben gingen, war deren Internationalität, die so ausgelegt wurde, daß sie die eigene Nation verrate. Noch bei den letzten Parlamentswahlen wurde ebenso von den Christlichsozialen, wie von den Nationalen und den deutschen Agrariern dieses Prunkstück der verlogenen Demagogie hervorgeholt und im Wahlkampf wie eine Monstranz vorangetragen. Die deutschen Sozialdemokraten wollen keine deutsche Einheitsfront zur Verteidigung der „deutschen Belange“, so erscholl es heuchlerisch-anklagend in allen agrarischen und anderen bürgerlichen Versammlungen, aus allen ihren Flugblättern und Zeitungen und man weiß, daß diese Spekulation auf die geistig Minderbegabten den Erfolg hatte, daß sich die bürgerlich-kapitalistische internationale Einheitsfront bilden und des Staates bemächtigen konnte. Die Internationale der Ausgebeuteten, an deren Wiederherstellung zu arbeiten die deutsche Sozialdemokratie niemals müde geworden ist, wurde von den bürgerlichen Parteien als verpönt erklart, obwohl bei sämtlichen bürgerlichen Parteien, Gruppen und Ständen die Internationale des Besitzes, des Ruhms, der Ausbeutung und des Profites längst schon fertige Tatsache war und ist.

Neuerdings haben nun die deutschen Agrarier ein Bekenntnis zur Internationalität abgelegt und mit ihnen auch die tschechischen Agrarier. Man stelle sich das nicht so vor, daß die tschechischen Agrarier das Versprechen gegeben hätten, ihren Einfluß im Staate aufzugeben, um das alte an den im Staate lebenden nichttschechischen Nationen gut zu machen, dem tschechischen Nationalismus und Chauvinismus die Stirne zu bieten und durch Herbeiführung gerechterer nationaler Verhältnisse den nationalen Minderheiten, vor allem der zahlenmäßig ungewöhnlich großen deutschen Minderheit das Leben im Staate erträglicher zu machen. Es wäre auch falsch, anzunehmen, daß die deutschen Agrarier von nun an darauf verzichten werden, mit nationalistischen Schlagworten die deutsche Landbevölkerung hinter Licht zu führen. Ihrer beider Bekenntnis zur Internationale, der Internationale der großen Grundherren auf dem Lande, will dahin verstanden werden als der Zusammenschluß der Agrarier aller Nationen zur Gewinnung und Sicherung erhöhter Macht im Staate, zur Vermehrung ihres Profits, zur Ausweitung der Verbraucher und zur Unterdrückung der Massen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.

Die grüne Internationale ist keine Gründung der allerletzten Zeit. Schon lange vor dem Kriege gab es in Oesterreich eine internationale Organisation der Agrarier, nämlich die unter Leitung des berühmten Reichsrats von Hohenblum stehende „Agrarische Zentralstelle“, die auch zugleich eine deutschbürgerliche Einheitsfront bildete, denn im „Chrenpräsidium“ saßen allerlei Fürsten, Grafen, Barone, also durchwegs bewährte Bauerntreuer, die hier als „Agrarier“ den kleinen Mann auf dem Lande zu „retten“ halten; im „Ständigen Ausschuß“ der Zentralstelle aber befand sich ein Zuckerindustrieller, ein Holzgroßhändler, einige Christlichsoziale, dann natürlich die politischen Führer der deutschen Agrarier und endlich Vertreter anderer nationaler Agrarier. So gehörten der „Zentralstelle“ von den Tschechen der Abgeordnete Rozkosny, der Abgeordnete Biskovsky und der Abgeordnete Prokupa, von den Polen der Abgeordnete Gorzki, von den Slowenen der Abge-

ordnete Pörsche usw. Neben den Tschachen lagen im Ausschuss übrigens auch die Deutschen Kaspar, Herzmann, Martin Soukup, Zuleger und Lürk. Deutlicher kann wohl der Beweis für die bürgerliche Internationale kaum mehr erbracht werden, als er in dieser Zusammenlegung der „Agrarischen Zentralstelle“ zum Ausdruck kam, dennoch feierten alle deutsch-bürgerlichen Parteien, deren Vertreter mit Tschachen, Polen und Slowenen in diesem Ausschuss vertreten waren, unentwegt die bis zur Stupidität abgewickelten Gassenhauer: Die deutschen Sozialdemokraten sind nationale Betrüger! Nach bürgerlicher und agrarischer Logik war schon damals nur der internationale Zusammenschluss ein Verbrechen, während die Agrarier und die sonstigen Besitzbürger weiterhin gut „völkisch“ gefimmt blieben, obwohl auch sie in einer Internationale mit den Vertretern des Besitzes friedlich beisammen saßen. In dem einen Falle handelte es sich allerdings um den vereinigten Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung, im anderen Falle um gemeinsame Vorteile zur Füllung der Geldtöpfe. Eine solche Internationale haben Bürger und Agrarier seit jeher für erlaubt angesehen.

Die Erneuerung dieser in ihrer Funktion eine Zeitlang unterbrochenen Internationale wurde eigentlich schon in dem Zeitpunkt, da deutsche Agrarier, Christlichsoziale und Gewerbetreibende in die Regierungsmehrheit eintraten, vollzogen; was sehr geschah, das war nur der Akt, durch den diese Internationale gefestigt wurde. Am Dienstag begann nämlich in Prag der Parteitag der tschechischen Agrarier, auf dem zum erstenmale die Hausbesitzerorganisationen vertreten sind. Als geladene Gäste nahmen auch Vertreter der Gewerbetreibenden und der deutschen Landbündler teil. Der deutschagrarische Abgeordnete Kaiser hielt, nachdem Begrüßungsgramme aus Frankreich, Holland, Österreich und Bulgarien verlesen worden waren, eine Anstrudelungsrede an Svehla den Großen und an die tschechischen Agrarier, die an kriegerischer Gefinnung und Würdelosigkeit kaum mehr überboten werden kann. Vorher kam es zu einem kleinen Regiefehler, der, wenn statt den Herren Spina, Pierhut und Kaiser auf nationale Würde bedachte Reden dort zu Worte gewesen wären, leicht zu einer Trübung der Einigkeit im Lager der agrarischen Internationale hätte führen können. Der Vorsitzende des Parteitages, Abgeordneter Stanek, hatte als Grundlage seiner Begrüßungsrede wohl ein älteres Konzept erwählt, oder er hatte vergessen, daß zur Bekundung der agrarischen Internationale neben ihm die drei Abgeordneten des Bundes der Landwirte Platz genommen hatten. Und so deklamierte Herr Stanek darauf los, der Dienst am Volke sei der höchste, denn dieses Volk, das heißt natürlich das eigene, stehe seiner Partei näher, als irgendwelche „zweifelhaften Allwärts- und internationalen Ideale“, eine Tradition, der die tschechische Agrarpartei nie untreu werde. Gleich darauf erhielt Kaiser zur Begrüßungsansprache das Wort und als hätte Stanek nie von den „zweifelhaften internationalen Idealen“ gesprochen, betonte Herr Kaiser die „Notwendig-

keit landwirtschaftlicher Solidarität in diesem Staate, sprach den Wunsch aus, es mögen sich die Verhältnisse bald so gestalten, daß die deutsche Bauernschaft (was übrigens seit Jahr und Tag geschieht) Schulter an Schulter mit den tschechischen Standesgenossen marschiere und die agrarische Solidarität zum Ausdruck bringe“. Dann versicherte er noch mit gehobener Stimme, daß die deutschen Landwirte des Führers Svehla mit allseitiger Bewunderung gedenken!

Die „allseitige Bewunderung“ der deutschen Agrarier für Svehla hat ihre guten Gründe. Das bald ablaufende dritte Jahr des Bestandes des von Svehla begründeten internationalen Bürgerblocks, in dem die Agrarier zum Schaden der übrigen Bevölkerung die erste Geige spielen, wobei auch für die deutschen Agrarier mancher Brocken abfällt, läßt in der Gesamtbilanz dieser drei Jahre erkennen, daß sich diese von Svehla geschaffene internationale Front der Besitzenden im allgemeinen und für die Agrarier im besonderen ausgiebig gelohnt hat. Verteuerung der Lebensmittel, Aufteilung der staatlichen Lasten zugunsten der Besitzenden und vieles, vieles andere, was die Herren

Die Flut des Hochschutzzolls

Der größte Industriestaat der Welt, das Land, in dem seit dem Ende des Weltkrieges das Herz der kapitalistischen Wirtschaft schlägt, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, werden in der nächsten Zeit eine Erhöhung der Zölle vornehmen. Dem amerikanischen Repräsentantenhaus ist am 7. Mai eine Vorlage unterbreitet worden, worin die Zölle auf alle Textilwaren, auf Leder, auf Baumaterialien, Chemikalien, Holz und Holzwaren, Seide, Schuhe erhöht werden und worin der Zoll auf Rohisen, der bisher im Wege von Handelsverträgen herabgesetzt werden konnte, als feststehend erklärt wird. Die durchgreifend die Veränderung des amerikanischen Zolltarifs sein wird, lehrt die Tatsache, daß kaum eine einzige Zollposition unverändert bleiben wird. Damit werden neue Mauern aufgerichtet, die den internationalen Warenaustausch hemmen und die Ausfuhr aller europäischen Industriestaaten, auch der Tschechoslowakei, schwer schädigen werden.

Die Zollerhöhung der Vereinigten Staaten ist eine vereinzelte Erscheinung in der Wirtschaftspolitik der Industrieländer. Seit dem Ende des Krieges steigt die Flut der Hochschutzzölle immer höher und die Hoffnungen, die man eine Zeit lang hegen konnte, der zwischenstaatliche Warenverkehr werde von den hohen Zollmauern allmählich befreit werden, werden immer geringer. Der Weltkrieg, der die mittel-europäische Ausfuhr jahrelang unmöglich gemacht hat, hatte zur Folge, daß in vielen Staaten neue Industrien entstanden sind, so daß man auf die Einfuhr gewisser Artikel nicht mehr angewiesen war. Der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie rief in Ungarn und Jugoslawien, in Polen und Rumänien das Streben nach industrieller Selbstgenügsamkeit, nach Schaffung einer eigenen Textil-, Glas-, Porzellan- und Lederindustrie hervor, die man durch Zölle zu schützen versuchte. Viele Jahre nach dem Kriege gab es Einfuhrverbote, was einen Rückfall der Handelspolitik in die Methoden des

Agrarier zu erfreuen geeignet war, das alles macht die Begeisterung Kaisers und der deutschen Landbündler für Svehla und für das „Schulter an Schulter-Marschieren“ mit ihren tschechischen Klassengenossen erklärlich.

Die grüne Internationale ist wieder einmal feierlich besiegelt worden. Wir sehen sie als die natürliche Folge der Zuspitzung der Klassengegenstände an. Es fällt und daher nicht ein, die deutschen Agrarier deshalb anzuklagen. Wir stellen nur die abgerundete Heuchelei der führenden deutschen Agrarier fest, die heute die Wähler mit Ankündigungen schärfsten nationalen Kampfes, des Kampfes um die Rechte des deutschen Volkes, kavern, um morgen zu geloben, mit den tschechischen Agrariern Schulter an Schulter zur Ausplünderung der Arbeitenden beider Nationen zu kämpfen und pathetisch hierbei den Svehla als ihren bewundernswürdigen Führer auszurufen. Im übrigen freuen wir uns, wenn die deutschen Agrarier so eifrig bemüht sind, den bürgerlichen Nationalismus als ordinären Schwindel zu enthüllen.

Ueber den Verlauf, die Beschlüsse des agrarischen Parteitages und Svehlas, des bewundernswürdigen Führers „Pörsche“ an den Parteitag, wird noch einiges zu sagen sein.

18. Jahrhunderts bedeutete. Die Tschechoslowakei hat bis heute noch nicht alle Einfuhrverbote abgeschafft und wenn nicht Deutschland bei den Handelsvertragsverhandlungen mit allem Nachdruck auf die Verringerung der Einfuhrverbote gedrängt hätte, dann wäre der Abbau dieser vormärzlichen Handelspolitik noch langsamer vor sich gegangen. Die Tschechoslowakei kann sich auch nicht darauf ausreden, daß sie zu den hohen Zöllen durch die Zollpolitik der anderen Staaten gezwungen wurde, denn gerade sie war es, die mit der Einführung weit höherer Zölle als in der Vorkriegszeit vorangegangen ist. Die Geschichte der tschechoslowakischen Zollpolitik in den ersten Jahren nach der Entstehung des Staates war nichts anderes als eine fortwährende Erhöhung der Industriezölle, seit 1925 wieder nichts anderes als eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle und die geplante Erhöhung der Viehzölle zeigt, daß die Bürgerblockregierung auf dem betretenen Wege noch weitergehen will. Die Zollkoeffizienten auf einzelne Industrieartikel betragen 25 bis 30, der Entwertungsfaktor der Währung aber nur 7, so daß einzelne Zölle bis viermal so hoch sind als im alten Österreich. So lange die gegenwärtige Koalition am Ruder ist, ist auch an eine allgemeine Herabsetzung der Zölle nicht zu denken, denn die Agrarier bewilligen den Industriellen die Industrieszölle, das Industriekapital stimmt wieder für Agrarzölle — das ist ja das Programm, das bei Pörsch zwischen der Zivnotenkassabank und Agrariern abgeschlossen worden ist. Der Bürgerblock ist seinem Ursprung und Wesen nach eine Koalition der Zollinteressen, es wird die Aufgabe der Wähler sein, dem die Entfaltung der Volkswirtschaft schädigendem System ein Ende zu setzen.

Diese Schädlichkeit der Hochschutzzollpolitik wird nun auch von der bürgerlichen Welt immer mehr begriffen. Die Internationale Weltwirtschaftskonferenz hat die hohen Zölle einmütig verurteilt. In der bezüglichen Entschlie-

Deutsche sozialdemokratische Juristenvereinigung.

Die Gefertigten berufen hiermit die konstituierende Versammlung der deutschen sozialdemokratischen Juristenvereinigung für Dienstag, den 14. Mai 1929, um halb 4 Uhr nachmittags nach Prag, Parlament, im Sitzungszimmer des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ein.

Die Proponenten:
Dr. Czech, Dr. Heller, Grund.
Die Versammlung ist auf die angemeldeten Mitglieder der Vereinigung beschränkt.

In Anbetracht,

daß die hohen und jederzeit veränderlichen Zölle, die von vielen Ländern erhoben werden, verwerfliche Wirkungen auf Produktion und Handel ausüben;
daß es möglich ist, durch immer größere Erleichterungen für den internationalen Handel die wirtschaftlichen Grundbedingungen erheblich zu verbessern;
daß die Zölle, obwohl sie der Souveränität jedes Staates unterliegen, nicht allein nationale Interessen betreffen, sondern einen großen Einfluß auf den Handel der ganzen Welt besitzen;
und daß manche Gründe, die zu einer Erhöhung der Zölle und zur Schaffung neuer Handelsbeschränkungen geführt haben, seit dem Kriege in weitem Maße verschwunden sind und daß die Bedeutung anderer immer geringer wird,
proklamiert die Konferenz, daß der Augenblick gekommen ist, jeder neuen Ueber-schreitung der Zolltarife ein Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren.

Man kann sich kaum des Lachens enthalten, wenn man diese Resolution liest: die bürgerlichen Regierungen Europas und Amerikas tun nämlich das Gegenteil dessen, was die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker in Genf beschlossen haben. Die Interessen der herrschenden Klassen, der Industrie- und Agrarbourgeoisie, sind eben denen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entgegengesetzt. Vergessen ist längst die Lehre des größten bürgerlichen Nationalökonom Adam Smith, der darauf hinwies, daß Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Ländern und freier Wirtschaftsverkehr in der ganzen Welt die sichersten Grundlagen des wirtschaftlichen Fortschritts sind. Die kapitalistische Produktionsweise ist ein Hindernis des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts geworden, die Eigentumsverhältnisse sind in Widerspruch geraten mit der Produktivität der menschlichen Arbeit. Das Bürgertum ist nicht mehr imstande, das Wirtschaftsideal der bürgerlichen Revolution zu erfüllen, die Produktivität der Arbeit immer mehr zu steigern. Nur die Arbeiterklasse allein kann die Zollschranken abbauen und dadurch den Fortschritt der Weltwirtschaft fördern. Bringen uns die englischen Wahlen einen durchschlagenden Erfolg der Arbeiterpartei, dann ist die Hoffnung vorhanden, daß in die hohen Mauern, der die Völker trennen und die Entwicklung der Wirtschaft hemmenden Zölle Bresche geschlagen wird.

Copyright by Weltbühnen-Verlag, Berlin.
durch Transatlantik Radio, Wien.

Aufrehr im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 23

„Noch diesen Vorarbeiten sicherlich. Die liberale Partei, die sich wehrt, ist verkleumdet, und Waffen haben sie nicht.“
„Waffen haben sie schon, aber keine chemischen Fabriken. — Was ist denn?“
Der Bote des Radio-Telegraphen, der die Empfangsstelle des Zuges bediente, reichte eine Depesche. Brooker sah sie auf. „Da sehen Sie, wie recht ich hatte. Aus Lima. Der amerikanische Konsul telegraphiert, daß die Rebellen bei Arequipa eingeschlossen sind. Selbst wenn sie sich durchschlagen, wird ihnen nichts weiter übrig bleiben, als über die chilenische Grenze zu gehen. Ich glaube also, daß wir tatsächlich in Lima Erfolg haben werden.“
„Und das Ganze nennen Sie...“
„Das nenne ich die Befreiung von der Last der Selbstständigkeit. Sie haben immer noch Ihre alten europäischen verfahrenen und verkrüppelten Begriffe. Sie sehen immer noch den Kapitalisten mit Dynamit und Maschinengewehr für die Geschäftsleute arbeiten. Haben Sie denn gar nicht in den Ländern, die wir durchfahren, gemerkt, daß davon keine Rede ist, daß alle zufrieden, die Bureauhäuser handfrei und hygienisch in jeder Hinsicht sind, und auf den Feldern die Traktoren leister Banan arbeiten?“
„Gewiß habe ich das gesehen, Mister Brooker. Aber ich habe keinen einzigen Menschen gesehen, der das Gefühl gehabt hätte, für sich oder eine Gemeinschaft diese Arbeit zu leisten, sondern jeder von ihnen hat abends den Angsttraum, daß am nächsten Tag sein Platz besetzt sein könnte, weil er heute zu wenig geschafft hätte.“
„Mein Gott, ob sie für den Staat oder für

die Gemeinschaft oder für die Company arbeiten, was macht denn das für einen Unterschied. Das sind doch nur Begriffe des Gefühls für den einzelnen. Das eine ist richtig: die Company weiß, was Gott mir der Welt gewollt hat. Sie soll ihre Schätze den Menschen geben. Der Staat und die Gemeinschaft haben sich darum nicht gekümmert. Die Company kümmert sich darum. Die Arbeit ist wichtig, und nicht der Mensch. Wenn der Mensch nicht mehr kann, soll er in Gottes Namen abtreten. Schimpfen Sie nicht auf die Milliarden. Haben Sie schon einen Milliardenär gesehen, der sich eingebildet hat, daß er unersetzlich ist? Meinen Sie, ich habe es mir eingebildet? Sie sind ja zum Teil mein Erlaß. Da haben Sie ja den Gegenbeweis in der Hand. Es ist Unfug, gefühlswidriger Unfug, zu glauben, daß der Mensch etwas anderes ist als Dreck für den nächsten. Meine weiße Villa oder meine Nacht, habe ich vielleicht davon ein besonderes Vergnügen? Ist das ein Luxus? Ist es nicht überhaupt nur dazu da, um mich doppelt zu entspannen? Ich bin ein Arbeiter, wie mein Fahrstuhlführer ein Arbeiter ist. Ich dünke mich auch nicht mehr.“
„Aber Sie haben die Macht.“
„Ja gewiß, ich habe mehr Macht, weil ich das Instrument der Macht selber bin. Der Truist ist die Macht, und ich bin kein Prophet. Der Truist will das Glück, wie Gott das Glück der Menschen will. Jemandem Ihrer Philosophen hat gesagt, man müsse die Menschen zu ihrem Glück zwingen. Darum muß man sie auch unter den Truist zwingen.“
„Wenn Sie wüßten, wie ungeheuer lächerlich — entschuldigen Sie, Mister Brooker, aber ich kann es anders nicht ausdrücken — wie ungeheuer lächerlich Sie reden. Sie sprechen, als ob Sie ein Verdammter wären, und genießen dabei das größte Glücksgeschick, das Ihnen möglich ist. Sie sind ja so entschuldigend arm. Sie be-

greifen ja überhaupt nicht die Höhe des Empfindens, die zwei Regentropfen in Ihrem Warenhaus haben, wenn sie sich zusammen gegen Ihr ausdrückliches Verbot bei einer Organisation anmelden und einander schwören, sich nicht zu vertragen.“
Brooker brach plötzlich das Gespräch ab und fragte naiv, aber breimend interessiert: „Sibt es zwei Rader bei mir, die einer Organisation angehören?“
„Das weiß ich nicht im Augenblick, Mister Brooker. Da müssen Sie Ihren Ueberwachungsdiens fragen. Sollte nicht überhaupt diese Organisationskurche übertrieben von Ihnen sein?“
„Ich glaube kaum. Ich kann kein Personal gebrauchen, in dem sich einer auf den anderen verläßt. Das hemmt die Arbeitsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit des einzelnen. Er fühlt sich gesichert, er läßt sich gehähen. Er hat eine Plattform. Wo soll denn das hin? Da müssen ja die Tüchtigsten erlahmen. Ich kann nur Leute gebrauchen, die genau dahin wollen, wo ich selber bin, aber keine, die sich zufriedengeben, die im Chorgesang für den Achtstundentag sich an einer menschlich-fittlichen Einbildung üben. Diese Organisationen ersticken die Tatkraft und entkörpert die Freiheit. Auge in Auge belfert mich keiner an. Aber wozu ereifere ich mich. Das sind doch Binsenwahrheiten für uns.“
Viktor seufzte: „Dann werde ich auch wohl mit meiner Bitte kaum einen Erfolg haben?“
„Sie haben eine Bitte? Sie wissen doch, wie sehr ich Ihnen verpflichtet bin. Reden Sie!“
Viktor zirkelte nervös seinen falschen Bart: „Die Fabrikanten von Florida haben zu hohe Preise gefordert. Ich habe sie ihnen abgeschlagen.“
„Na, und?“
„Sie haben infolgedessen, um für uns zu liefern, die Löhne ihrer Arbeiter herabgesetzt,

und zwar haben sie dadurch eine Verringerung der Gesamtsumme erreicht, daß sie die Verbeirieteten ausgesperrt haben. Jetzt wird überall dort unten gestreikt.“
Brooker pfiff durch die Zähne. „Versucht noch einmal!“
Ein Hocken stieg in Viktor auf. „Nicht wahr, das ist doch Wahnsinn, die Leute bis dahin zu treiben?“
„Sie sind lächerlich. Ein Wahnsinn ist es, daß man nicht wußte, daß dort ein Streik ausbrechen würde. Er kann doch nicht so ganz wild gekommen sein. Dazu gehören doch Zusammenkünfte, dazu gehört doch eine Organisation. Und nicht einmal unser Korrespondent hat etwas von der allgemeinen Lage gewußt? Gehen Sie, bitte, sofort in die Justizstation. Er ist entlassen. Man soll den kalifornischen Korrespondenten hinunter-schicken. Dessen Stelle bleibt frei bis zu meiner Rückkehr. Was haben Sie denn? Beziehen Sie sich doch, bitte. Es ist drei Uhr. Ich wünsche, daß um vier Uhr die Sache erledigt ist, ganz erledigt. Den Kalifornier kenne ich zufällig persönlich. Ein Kerl, der ein genialer Spürhund ist. Er wird noch etwas bei mir. Aber der schlappe Hund La Manta da unten hat alle Nase lang etwas mit Frauen. Ich glaube, er hat auch irgendwo eine Füllschneidemaschine, von der er nicht loskommt. Man sollte eben doch nie Rücksicht üben. Ich wußte das ja schon lange.“
— Er wurde unvermutet festig. „Aber bitte, warum stehen Sie denn noch immer da? Gehen Sie doch.“
Als Viktor den Schubwagen wieder betrat, winkte ihn Brooker sofort heran. „Ich habe Sie wohl überhaupt vorher nicht recht verstanden. Was wollten Sie eigentlich von mir? Ich ver-lange von Ihnen, daß Sie offen sprechen.“

(Fortsetzung folgt.)

Inland.

Ein Fortschritt auf dem Gebiete des Schulwesens.

Prag, 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Landesauschusses, die von 8 bis halb 2 Uhr währte, wurde wieder eine große Anzahl laufender Angelegenheiten der Landesverwaltung erledigt. Von besonderem Interesse war ein Antrag des Nationaldemokraten Slavaty betreffend die höchst zulässige Kinderzahl in den Volksschulen, wonach dem Präsidium des Landesrates mitgeteilt werden soll, daß er zur Neu- oder Wiedererrichtung einer provisorischen Schulklassen seine Zustimmung nur dann erteilen darf, wenn

1. in der Klasse von der Gesamtzahl der Schüler nicht wenigstens 60 nach § 5, Abs. 5, des bezüglichen Ministerialerlasses einrechenbare Kinder vorhanden sind und wenn
 2. der Ueberfüllung der Klassen durch Änderungen abgeholfen werden kann, die nach den §§ 13 bis 17 dieses Erlasses zulässig sind mit der Abweichung gegenüber dem § 15, daß die Schüler nur dann unzureichend sind, wenn in der Klasse, der die neue Abteilung anzureichert werden soll, weniger als 25 Kinder vorhanden sind und durch die Umreihung eine Gesamtschülerzahl von nicht mehr als 55 entsteht.
- Der Antrag, der auch angenommen wurde, geht auf einen Antrag des Genossen Grund zurück, der allerdings eine Höchstschülerzahl von 30 forderte.

Der Kampf gegen den Alkohol.

Ein erfolgreicher Vorstoß der deutschen Sozialdemokraten in der Landesvertretung Böhmens.

Zwei wichtige Fragen der Volksgesundheit standen auf der Tagesordnung der Gesundheitskommission der Landesvertretung Böhmens am 6. Mai d. J. Die Annahme des Antrages der deutschen Sozialdemokraten auf Errichtung von Tuberkulosepavillonen bei den Bezirkskrankenhäusern bedeutet, wenn er durchgeführt wird, eine wichtige Etappe im Kampfe gegen diese Volkskrankheit. Zehn Millionen Kronen sollen für diesen Zweck im Vorausschlage eingestellt werden. Die Frage der Bekämpfung des Alkoholismus wurde aufgerollt durch einen Antrag der tschechischen Nationalsozialisten, welcher von Dr. Ruse begründet wurde. Der Antrag lautet:

Die Rechtskommission im Einvernehmen mit der Gesundheits- und Sozialkommission möge bei der Nationalversammlung anfragen: die gesetzliche Regelung der Errichtung von Landesanstalten (Asyle, Heime) für notorische Trinker, Landstreicher, Arbeitscheue, an Moral einseitig Leidende, welche nicht in die Landesanstalten (Zwangsarbeitsanstalten) gehören. Der Antragsteller beschränkte sich auf eine kurze Begründung der Notwendigkeit solcher Anstalten, ohne auf die sozialen Ursachen dieser Erscheinungen einzugehen.

In der Debatte wies Gen. Dr. Lieben darauf hin, daß es sich bei diesen Anstalten, deren Errichtung der Antragsteller wünsche, um zumeist unheilbare Opfer des Alkoholismus, um Degenerierte handle. Es sei aber notwendig, auch für die Alkoholiker zu sorgen, die heilbar sind. In Böhmen haben wir für diesen Zweck nur die eine Anstalt in Juchlov, welche dem Osl. abstinentini spa; gehört. Unter hundert Verpflegten dieser Anstalt waren nur drei Arbeiter. Gibt es nicht mehr alkoholkrante Arbeiter, welche in einer solchen Heilstätte geheilt werden könnten?

Vielleicht müßte geschehen, um dem Alkoholismus vorzubeugen. Unsere Gesetzgebung ist im Vergleich zu anderen Staaten rückständig. Und die wenigen guten Gesetze werden nicht durchgeführt, stehen auf dem Papiere. (So die lex Holtscher zum Schutz der Jugend.) Aber auch die Landesbehörde, die Bezirksbehörden erfüllen auf diesem Gebiete nicht ihre Pflicht. Die Gemeindevertretungen werden bei Erteilung neuer Schankkonzessionen befragt, ob ein Bedürfnis nach einer neuen Schankstätte vorhanden sei. Wird es verneint, so erteilt die Behörde dennoch die Konzession; es entscheidet nicht das Bedürfnis, sondern nationale und politische Momente. Redner verweist auf das Beispiel von Graupen. Nach dem Erlasse des Handelsministeriums 719.222 sollen auf je 500 Einwohner eine Schankstätte entfallen; Graupen mit 4000 Einwohnern zählt 30 Wirtschaften. Trotzdem wird, obwohl die Gemeindevertretung die Bedürfnisfrage verneint hat, noch eine 31. Schankkonzession bewilligt. Wozu fragt man die Gemeindevertretung? Hier sind mit die Gründe für die ungeheure Verbreitung und die Schäden des Alkoholismus zu finden. De jure beschränkt unsere Gesetzgebung die Lizenzerteilung, de facto ist sie durch die Praxis der Behörden unbeschränkt. Redner erklärt, für den Antrag Ruse stimmen zu wollen. Um aber das schwierige Problem in seiner ganzen Tragweite aufzurollen, stelle er einen Zusatzantrag. Die deutschen Sozialdemokraten haben im Jahre 1926 eine zweite Lex Holtscher der Nationalversammlung vorgelegt, welche an Stelle der unbeschränkten Lizenzerteilung das Gemeindefestimmungsrecht vorsieht. Dieser Entwurf regelt diese Frage in vorbildlicher Weise und ist, wenn er Gesetz wird, ein geeignetes Instrument, den Alkoholismus stetig zu verringern. Der Antrag lautet:

„Die Landesvertretung erucht die Nationalversammlung, den Schankgesetzen, welchen der frühere Abgeordnete Dr. Holtscher dem letzten Parlamente vorlegte, in Beratung zu ziehen.“

Dieser Antrag wie auch der Antrag Ruse wurden einstimmig angenommen und wird zunächst Gegenstand der Verhandlung in der Landesvertretung werden.

Antworten an die blutigen Bankrotteure.

Anfällige Klassenkämpfer verlassen die SPD.

Die Kommunisten hatten sich von den Berliner Bluttagen eine Stärkung ihrer Position erhofft. Da kein Mittel mehr verfiel, sollten die Zeichen der erschossenen Arbeiter das „Werbematerial“ für die bankrotte SPD. bilden. Es scheint aber, daß die verbrecherischen Sasardeure gerade das Gegenteil erreichen. Das Spiel, das die Moskauer Emissäre mit der Arbeiterschaf treiben, öffnet vielen Kommunisten endlich die Augen.

In Waldenburg ist bereits vor einiger Zeit ein kommunistischer Stadtverordneter aus der SPD. ausgetreten. Nun verläßt der frühere Fraktionsvorsitzende im Stadtverordnetenkollegium, Reichel, die kommunistische Partei und schreibt mit Beziehung auf die Berliner Ereignisse an die sozialdemokratische Partei:

„Der politische Kurs der kommunistischen Partei führt auch meiner Ueberzeugung nach zur Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen sollen zum Nutzen des Bürgerturns geschlossen werden, damit einige wilde Elemente Unterdruck erhalten, ganz gleich, ob das Unternehmertum und die bürgerliche Gesellschaft dadurch wieder gestärkt werden. Ich war immer der Meinung, daß es die SPD. ehrlich meint mit den Interessen der Arbeiterschaft, mit dem Kampfe zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, ich bin aber nun zu der Ueberzeugung gelangt, daß es doch nur die Sozialdemokratische Partei ist, die die Interessen der Arbeiterschaft auf jedem Gebiete vertritt, soweit es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.“

Noch deutlicher aber spricht der folgende Brief, von dem der Berliner „Vorwärts“ Kenntnis erhielt. Er ist an die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Berlin-Brandenburg abgegangen und bedeutet eine Abrechnung mit den Bankrotteuren der SPD:

„W. G.!“

Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der SPD. Der erschütternde Ausgang des diesjährigen Wahlauges gibt mir den äußeren Anlaß für diesen Schritt. Gewiß fordert der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht schwere Opfer. Aber die Toten dieses 1. Mai sind nutzlos gefallen.

Jedwede Abenteuer, die mit dem Proletariat überdies nichts zu tun haben, mögen das für gut befinden, aber jeder um seine Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse wissende Funktionär muß sich in diesen Tagen klar geworden sein, daß er alles tun muß, um die Wiederholung eines derartigen Spiels mit wertvollen Arbeiterleben zu verhindern.

Ein anderes bezeichnendes Moment für die Ausweglosigkeit einer sogenannten „Politik“ der

Es war eine Niederlage . . .

Von einem Genossen, der sich am 1. Mai in Berlin aufhielt und der die Berliner Verhältnisse gut kennt, wird uns geschrieben:

Ueber den Verlauf des 1. Mai sind Sie kaum aus den Zeitungen genügend orientiert. Man kann sich wohl kaum vorstellen, wie wenig die Ereignisse in Wedding und Neu-Kölln die Stadt als Ganzes und insbesondere die Arbeiterschaf beeinflusst haben. Die Berliner Arbeiterschaf hat die Ereignisse keinen Augenblick als einen Kampf zwischen der Polizei und der Arbeiterschaf als solchen empfunden. Selbst die kommunistisch beeinflussten Arbeiter bleiben in ihrer überwiegenden Mehrheit passiv. An den Unruhen sind wohl kaum zehn bis fünfzehn Tausend beteiligt gewesen, vielleicht viel weniger, und dies in einer Stadt, in der die Kommunisten bei den letzten

Selbst kommunistischen Redakteuren wird der Schwindel zu dumm!

Berlin, 8. Mai. Der erste Lokalredakteur der „Roten Fahne“, Fritz Köhler, ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten mit der Begründung, daß er nicht der kommunistischen Politik zustimmen könne, die nutzlos Opfer an Toten fordert. Aus der Redaktion des verbreiteten Abendblattes „Die Welt am Abend“, das unter kom-

Auflage Beerdigung der Opfer.

Berlin, 8. Mai. Heute nachmittags fand auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde die Beisehung von drei Kommunisten statt, die bei den Unruhen ums Leben gekommen sind. Die kommunistische Partei hatte für diese drei eine gemeinsame Trauerfeier veranstaltet, zu der sich etwa 2000 Personen, darunter zahlreiche Fahnen- und Kranz-Delegationen aus dem Reich eingeschunden hatten. An dem Denkmal für die Gefallenen der Revolutionskämpfe, auf dem eine große rote Fahne wehte, hielt der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thaelmann

SPD-Führung: Die Arbeiterschaf der Berliner Verkehrs-A. G. entschied sich bei den Betriebsratswahlen für die Opposition. Der Arbeiterratvorsitzende, der Vorsitzende dieser Opposition, wird fristlos entlassen. Keine Hand rührt sich für ihn. In ein paar Tagen wird man vielleicht nicht einmal mehr davon sprechen. Hier wurde die Probe auf jenes Exempel von der neuen Gewerkschaftslehre gemacht.

Es kostet nichts, den „revolutionären“ Stimmzettel in die Woburne zu werfen, oder Positionen der Arbeiterschaf zuge zu verteidigen, dazu gehört schon mehr. Was wäre wohl aus der Belegschaft der Berliner Verkehrs-A. G. geworden, hätten sich die Gewerkschaften nicht in letzter Stunde noch bereit erklärt, Tarifkontrahenten zu bleiben! Der Ruhm dieser Abenteurer wäre der Betriebsfaszismus gewesen.

Man wirft nicht die Inachdriftigkeit zu einer Partei, der man über 11½ Jahre angehört, fort wie einen alten Rock.

Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Hoffen gesprochen, sie waren in ihrer Kritik an jenem Kurs der Partei, der in den Abgrund führt, weit härter als ich.

Aber sie bücken den Kopf und schweigen. Sie hoffen, sagten sie. Auf was eigentlich, auf das Ende, von dem die Arbeiterschaf keinen Nutzen haben wird und um in der Zwischenzeit weiter an der Zerstückung der Arbeiterschaf zu arbeiten? Wer sich hierbei mitschuldig machen will, der mag in der Partei bleiben. Ueber sein Gemüther von der Katastrophenpolitik der Parteileitung wird man allerdings zur Tagesordnung übergehen.“

Der Mann, der mit diesem Schreiben seinen Austritt aus der SPD. erklärt, um gegen das verbrecherische Spiel der Kommunisten mit Arbeiterleben zu protestieren, ist nicht der erste beste. Es ist der erste Lokalredakteur der „Roten Fahne“, Fritz Köhler, eines der alten Mitglieder der kommunistischen Partei.

Die Werbekraft der SPD scheint durch die Berliner Ereignisse nicht gestärkt worden zu sein. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Erfurt verlas der Vorsitzende eine kommunistische Erklärung, daß die Stadtverordnete Frau Fischer aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden und damit nicht mehr Mitglied der kommunistischen Fraktion sei. Darauf solidarisierten sich von den 11 kommunistischen Stadtverordneten fünf mit der Frau Fischer. Der kommunistische Stadtverordnete Jahn, ein ehemaliger Wachmeister der Palastmure, zerschneidte hierauf das Tischstuch zwischen beiden Gruppen und stellte fest, daß sich die sechs Stadtverordneten außerhalb des Rahmens der kommunistischen Partei gestellt hätten. Sie würden den Weg vieler Kommunisten sehen und bald bei der Sozialdemokratie landen.

Reichstagswahlen (im Mai 1928) über 600.000 Stimmen erhalten haben. An dem von den Kommunisten ausgerufenen Generallstreik haben sich nicht einmal die kommunistisch organisierten Arbeiter beteiligt.

Es war eine Niederlage, wie sie nicht trasser gedacht werden kann.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das aggressive Eingreifen der Polizei am 2. und insbesondere am 3. Mai (im Gegensatz zu dem sichtlich zurückhaltenden Verhalten am 1. Mai, welches in den Grenzen des Notwendigen blieb oder wenigstens bewußt angestrebt war) vielleicht auch gewiß politische Nachwirkungen in den betroffenen Bezirken bei den nächsten Wahlen an den Tag legen wird. Im großen Ganzen werden aber die Ereignisse der SPD. wohl in der Arbeiterschaf stark schaden, uns wohl nützen.

Selbst kommunistischen Redakteuren wird der Schwindel zu dumm!

Berlin, 8. Mai. Der erste Lokalredakteur der „Roten Fahne“, Fritz Köhler, ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten mit der Begründung, daß er nicht der kommunistischen Politik zustimmen könne, die nutzlos Opfer an Toten fordert. Aus der Redaktion des verbreiteten Abendblattes „Die Welt am Abend“, das unter kom-

Auflage Beerdigung der Opfer.

Berlin, 8. Mai. Heute nachmittags fand auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde die Beisehung von drei Kommunisten statt, die bei den Unruhen ums Leben gekommen sind. Die kommunistische Partei hatte für diese drei eine gemeinsame Trauerfeier veranstaltet, zu der sich etwa 2000 Personen, darunter zahlreiche Fahnen- und Kranz-Delegationen aus dem Reich eingeschunden hatten. An dem Denkmal für die Gefallenen der Revolutionskämpfe, auf dem eine große rote Fahne wehte, hielt der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thaelmann

„Sozialfaszisten“

— und was die Faszisten selber dazu sagen!

Als „Sozialfaszisten“ werden wir von den Kommunisten im Sinne der letzten Moskauer Thesen beschimpft. Bundesgenossen, offene Helfer des Faszinismus sollen die Sozialdemokraten sein, weil sie es nach neun Jahren immer noch ablehnen, sich von der Moskauer Zentrale kommandieren zu lassen. Wäre dem so, so müßten doch die Faszisten mit uns sehr zufrieden sein! Nun ist männiglich bekannt, daß der italienische Faszinismus die Sozialdemokratie mit allen Mitteln verfolgt, daß er sich aber mit Sowjetrußland glänzend versteht. Flottenparade der Roten Eskadre vor Vissolini, gemeinsames Frühstück des Sowjetgesandten mit dem Duce am Tage nach dem Matteotti-Mord — das sind so kleine Einzelheiten aus dem jarten Verhältnis zwischen Moskau und Rom. Aber auch in Deutschland hat man immer wieder von Verbrüderungen zwischen Salenkrenz und Sowjetstern (zwischen dem gab's freilich Messerstecherei, die gehören eben beiderseits zum fairen Kampf) gehört, niemals von einer Verbrüderung zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus.

Doch lassen wir die Faszisten selbst darüber urteilen, ob sie in uns ihre Verbündeten und Beschützer sehen! Der Leitartikel des „Tag“ vom Mittwoch beschäftigt sich mit den Berliner Ereignissen und klagt die Sozialdemokratie folgendermaßen an:

„Wie kommt es, daß die sozialdemokratische Regierung Preußens, die anfänglich einer einzigen Verarmungsprengung in Berlin, auf mehr als ein Jahr die nationalsozialistische Arbeiterpartei verbot, die dem Führer der Bewegung ein jahrelanges Redeverbot auferlegte, die erst jüngst wegen eines einzigen Artikels der nationalsozialistischen Arbeiterzeitung Gregor Strahers, dieses Verbot auf drei Monate verbot, — wie kommt es, daß dieselbe Regierung ruhig den bewaffneten Aufruhr einer Bewegung duldet, die, wie der Kommunismus, — nicht nur den Sturz der Staatsgewalt, sondern auch der sozialdemokratischen Parteiherrschaft als Ziel ansetzt? — Des Rätsels Lösung ist einfach: Die Sozi-Genossen wissen sehr gut, daß sie den Kommunismus in Wahrheit gar nicht zu fürchten haben! Sie wissen, daß sie seiner — so oder so — Herr werden können. Sie fürchten ihn darum nicht.“

Den Nationalsozialismus aber fürchten sie und hassen sie in ihrer tiefsten Seele.

Sie wissen, daß er ihrer Herrschaft das wilde Ende bereiten wird.

Darum wird der Nationalsozialismus verboten, unterdrückt, keine Zeitungen eingestellt, — darum können die kommunistischen Zeitungen weiter erscheinen, die Partei wird nicht verboten und kommunistische Juden, Chinesen und Russen können weiterhin im Reich ihr Unwesen treiben.“

Hier wird die Sozialdemokratie geradezu als die Beschützerin des Moskauer Faszinismus hingestellt! Und nun halte man dagegen die bolschewistischen Abernheiten von dem „Sozialfaszinismus“. Je tiefer man rechts und links die Lügen aufbrüht, desto klarer wird es werden, daß die Wahrheit hier einmal wirklich in der Mitte liegt.

Bürgermeisterwahl in Weipert. Der seit August 1924 als Bürgermeister von Weipert amtierende Statedet Sader trat Anfang April l. J. die Pfarrstelle in seinem Heimatort Zettlitz bei Karlsbad an. Am Montag, den 6. Mai, fand nun bei Anwesenheit aller 36 Stadtvertreter die Neuwahl der Bürgermeister statt. Die Wahl selbst war ein harter Kampf innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorangegangen, welcher mit dem Zerfall derselben endigte. Da unsere Genossen mit 9 Mandaten Anspruch auf den 2. Stellvertreter erhoben, wurde zunächst Genosse Felsinghauer als solcher mit acht Stimmen gewählt. Für die Bürgermeisterwahl wurden 27 Stimmen abgegeben. Als gewählt ging der bisherige 2. Stellvertreter Fabrikant Hermann Frank (Demokrat) mit 14 Stimmen hervor. 13 Stimmzettel waren leer. Zum 1. Stellvertreter wurde im zweiten Wahlgang der Kaufmann Rudolf Schmiedl (Christlichsozialer) mit ebenfalls 14 Stimmen (erlos, 13 Stimmzettel waren leer. Im ersten Wahlgang hatte er nur 13 Stimmen erhalten, während 14 leer waren. — Der bisherige 1. Stellvertreter Fabrikant Gustav Schwab (Hausbesitzer), welchen seine Partei gerne als Bürgermeister haben wollte, wurde lediglich als Stadtrat gewählt. In dieser Sitzung wurde auch eine Neuwahl der vier Büchereiarbeitsmitglieder vorgenommen.

Der Wohnungsausschuß der koalitierten Parteien beriet gestern, wie ein offizielles Kommuniqué berichtet, über die Regelung zum § 12 des bisherigen Gesetzes über den Mieterchutz (Erhöhung der Miete aus besonderen Gründen, wie Erhöhung der Abgaben, Erhöhung einiger regelmäßiger Verwaltungs- und Erhaltungsauslagen usw.), weiters über den Modus der Versteuerung der Beträge, welche nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften nicht in die Hauszinssteuerbasis eingerechnet werden. Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde auch die Frage der Versteuerung der Beträge beraten, um welche in Zukunft die Miete erhöht werden würde. — Die Beratungen werden erst nächste Woche wieder fortgesetzt werden.

Tagesneuigkeiten.

Die „gefährlichen“ Bankbeamten.

Verbotener Bankbeamten-Umzug. Das Einziehen der beiden Bankbeamten-Organisationen, Aresthaft auf dem Hauptplatz eine Protestversammlung...

Der Polizeioffizier: „Einen Umzug kann ich Ihnen nicht bewilligen. Darf ich nicht.“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber...“

Der Polizeioffizier: „Darf ich nicht. Umzüge veranstalten und demonstrieren dürfen nur wir — die Polizei. Das muß Ihnen genügen.“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der...“

Der Polizeioffizier: „Nun, Ihnen genügen. Was wollen Sie denn eigentlich mit dem Umzug erreichen? Daß wir gegen sie einschreiten? Das tun wir sowieso.“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der Herr...“

Der Polizeioffizier: „Sowieso. Wie Sie Ihre letzte Versammlung hatten, da sind wir in Vereinsthaft gefanden von halb 3 bis 5 Uhr. Vor der Landbank. Haben gewartet und gewartet und dann sind die Bankbeamten nicht gekommen. Auf solche gefährliche Dinge können wir uns nicht einlassen. Sie müssen das doch verstehen. Es fühlen sich die Herren Chefs bedroht, holen die Polizei; die Polizei kommt und...“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der Herr Präsident...“

Der Polizeioffizier: „Polizei kommt und findet keinen Grund zum Einschreiten. Ja was glauben Sie denn? Das ist ganz gegen die Ruhe und Ordnung. Herr, das ist gegen unsere Autorität und gegen die Autorität der Herren Bankdirektoren gerichtet, was Ihr da treibt. Die ganze Stadt hat damals gelächelt und gelacht, wie sie uns da herumstehen sah. Nein, den Umzug kann ich nicht bewilligen. Der konnte vielleicht in voller Ruhe verlaufen und das, das, das geht nicht.“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der Herr Präsident haben doch...“

Der Polizeioffizier: „Das geht nicht. Ich weiß, das werden Sie nicht verstehen. Aber, kommens näher — spielen wir doch ne Karte und Maus. Zahn's, feins vernünftig — bei der demokratischen Auffassung, was wir haben, kann ich keinen Protestumzug bewilligen. Was wollen Sie?“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der Herr Präsident hat doch einmal gesagt...“

Der Polizeioffizier: „Was wollen Sie also noch sagen? Bitte.“

Der Gewerkschaftssekretär: „Aber der Herr Präsident hat doch einmal gesagt: „Demonstration ist Diskussion“ und wir wollen an Stelle des Lohndikates durch den Bankdirektor den, eine demokratische Lohndiskussion.“

Der Polizeioffizier (sich sich vorstehend um, dann leise): „Kommen Sie näher. Noch näher. Ganz nah. (Flüsternd.) Ich kann Ihnen den Umzug nicht bewilligen. Der Philosoph ist der Theoretiker und der Bankdirektor ist der Praktiker. (Schreiend.) Ham's das kopiert? Ja oder Nein. Ja. Nein also. Empfehle mich.“

Ein sozialistischer Oberbürgermeister in U. S. A.

Das Ergebnis: korruptionsloses Regime.

In einem amerikanischen Reisebericht, den die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht, lesen wir: ... Da oben von Korruption die Rede war, sei eine Stadt erwähnt, die sich rühmt, ein völlig korruptionsfreies Stadiregime zu besitzen. Es ist Milwaukee, die größte Handels- und Industriestadt des Staates Wisconsin. Das Werkwürdigste an der Sache aber ist, daß diese Stadt einen sozialistischen Oberbürgermeister besitzt, der sich nicht scheut, sich ganz offen mit sozialistischen Exekutivbeamten zu umgeben. So etwas ist in Amerika möglich, wo der Sozialismus bei dem Durchschnittsmenschen noch immer als etwas ganz Unheimliches, als haarsträubend gilt! Die Sozialisten regieren in Milwaukee schon seit 25 Jahren. Oberbürgermeister Hoan — der kürzlich zu der Taufe eines „Milwaukee“ genannten Schiffes der Hamburg-Amerika-Linie in Deutschland war — blickt auf eine zwölfsährige Amtszeit zurück. In der Tat scheinen die Sozialisten hier Ansehen gewonnen zu haben. Nicht nur, daß die Stadt stolz darauf ist, keinen „graft“, keine Bestechungsversicherung mehr zu besitzen — es soll in dieser Hinsicht früher gerade um Milwaukee sehr schlimm gestanden haben —, sie bräutet sich auch, unter allen Städten der Vereinigten Staaten über den besten Kredit zu verfügen. Sie ist an die Abtragung ihrer Schulden gegangen und hofft, in dreißig Jahren vollkommen schuldenfrei zu sein. Und dabei hat sie doch unendlich viel für das öffentliche Leben getan, für ihre Schulen, die als geradezu musterhaft gelten, für die Verbesserung der Straßen, für die Befestigung ihrer Straßen und den Ausbau ihres Hafens, für die Ordnung ihres Polizeiwesens und für manches andre. Ich habe viele Bürger von Milwaukee, darunter solche, die entschieden sozialistischer waren, gefragt, was sie von Oberbürgermeister Hoan, diesem Sozialisten, dächten. Sie haben alle miteinander geantwortet: daß er Sozialist sei, mache ihnen nichts aus; er sei ein außergewöhnlich tüchtiger Kerl, ein eigenem effizient fellow, sie würden ihre Stimmen stets für ihn abgeben. Erfreuliche Unparteilichkeit, die man auch anderswo wünschen möchte.

4000 Delogierungen in Belgrad.

Die Folgen der Forderung des Mieterschutzes.

Im Lande der Dittauer, in Jugoslawien, ist der Mieterschutz bereits so weit gelockert, daß die Hausbesitzer wieder „die Herren im eigenen Hause“ sind, wie es ja die Heimatpartei, bei uns die Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbändler, auch wollen. Am 1. November wird der Mieterschutz in Jugoslawien ganz aufgehoben und die Bevölkerung sieht dieser Zeit mit Entsetzen entgegen. Denn schon die jetzige Forderung hat unbeschreibliche Folgen, wie wir unserem Bruderblatt, der „Wärburger Volksstimme“, in folgendem entnehmen: „Der 1. Mai war in Belgrad (Belgrad) der Tag der Völkerverwanderung. An diesem Tage haben die Hausbesitzer nicht weniger als 4000 Mieter, denen auf Grund des abgelaufenen Wohnungsgesetzes rechtskräftig gekündigt wurde, auf die Straße geworfen.“

Überwiegend handelt es sich um Mieter, die die erhöhten Mieten, den hohen Mietzins, wie er den Hausbesitzern schon mit dem letzten Gesetz bewilligt wurde, nicht zahlen konnten und deswegen zu sein. Und dabei hat sie doch unendlich viel für das öffentliche Leben getan, für ihre Schulen, die als geradezu musterhaft gelten, für die Verbesserung der Straßen, für die Befestigung ihrer Straßen und den Ausbau ihres Hafens, für die Ordnung ihres Polizeiwesens und für manches andre. Ich habe viele Bürger von Milwaukee, darunter solche, die entschieden sozialistischer waren, gefragt, was sie von Oberbürgermeister Hoan, diesem Sozialisten, dächten. Sie haben alle miteinander geantwortet: daß er Sozialist sei, mache ihnen nichts aus; er sei ein außergewöhnlich tüchtiger Kerl, ein eigenem effizient fellow, sie würden ihre Stimmen stets für ihn abgeben. Erfreuliche Unparteilichkeit, die man auch anderswo wünschen möchte.

Als bei der Gemeinde Obrz auf dem Wege nach Rumänien die Leiche eines wahrscheinlich ertrunkenen Mannes gefunden wurde. An den Tatort wurde eine Gerichts-Kommission entsandt.

Drei Tote wegen eines Mädchens. Zwischen den jungen Barischen des Ober- und Unterdorfes der südbanatischen Ortschaft Brejovo besteht seit Wochen ein Streit um einige weibliche Dorfjüngferinnen. Der Kampf ist um so heftiger, als in diesem Ort die Zahl der männlichen Einwohner beträchtlich überwiegt. Als sich die Barischen und Mädchen dieser Tage zum „Fest“, dem traditionellen Volksfesten, auf dem Dorfanger versammelten, kam es wegen der hübschen Christowa wieder zu Ekstasien. Die Folge war eine blutige Schlägerei. Die streitenden Parteien bewaffneten sich mit Messern, Sägen und Scherwaffen und besetzten einander eine wahre Schacht. Als die Polizei einströmte, und die Kämpfenden auseinandertrieb, lagen drei tödlich verwundete Bauernburschen auf dem Platz. Bei den Verhaftungen traf man auf zahlreiche Weibverleugere, die sich in den Häusern, Zimmern und Ställen auszurückten hatten. Für die Verleumdungen wird die Geschichte ein unangenehm geschickliches Nachspiel haben.

Eine folgenschwere Explosion ereignete sich Dienstag nachmittags in der chemischen Fabrik Normand in Brodel bei Perrou. Ein Kessel mit heißem Öl explodierte unter furchtbarer Detonation und schleuderte das siedende Öl weit um sich. Die zwei am nächsten stehenden Arbeiter Josef Vorberger und Franz Hfstoil wurden schwer verletzt. Infolge der Explosion geriet das Kesselhaus in Flammen und es bestand die Gefahr, daß sich der Brand auf die großen Zellager und Holzvorräte der Fabrik, in der namentlich Holz imprägniert wird, ausbreite. Feuerwehren aus der ganzen Umgebung eilten herbei und arbeiteten an der Bewältigung des Feuers, das bis in die späten Nachtstunden währte. Das Zubaus wurde gänzlich vernichtet. Der Schaden ist ziemlich beträchtlich. Die zwei schwerverletzten Arbeiter wurden, nachdem ihnen die ärztliche Hilfe an Ort und Stelle gewährt worden war, in die Kliniker Landeskrankenanstalt gebracht. Die Explosion ist angeblich dadurch entstanden, daß die den Kessel bedienenden Arbeiter, um die Temperatur des heißen Öls herabzusetzen, kaltes Öl zupufften, ein Vorgang, der sehr gefährlich und deshalb verboten ist. Dadurch entstand Selbstentzündung des Öls, welche die Explosion zur Folge hatte.

Neue wissenschaftliche Untersuchungen der Franzensbader Moorerde. In den Veröffentlichungen der Zentralstelle für Bakteriologie in Berlin gelangt demnach eine wissenschaftliche Arbeit von Professor Schade, Vorstand der physikalischen und chemischen Abteilung des Laboratoriums der medizinischen Universität in Kiel, und Dr. Saagen zum Abdruck. Betrifft: Weitere Untersuchungen zur Frage der Moorerdewirkungen an Beispiel der Franzensbader Moorerde. Die Arbeit berichtet über hochinteressante Tierversuche und gelangt auf Grund dieser Versuche zu sehr wertvollen Ergebnissen bezüglich der Moorerdewirkungen bei bestimmten Krankheitserscheinungen. — Im Monate Mai stehen Franzensbad mehrere Besuche von Ärzten und Studierenden der Medizin bevor. Am 11. Mai führt Professor Madajov's aus Prag eine Studienreise nach Franzensbad, am 15. Mai wird der Besuch einer Reisegesellschaft finnlandischer Ärzte erwartet, am 18. Mai trifft eine Gesellschaft französischer Ärzte in Franzensbad ein und am 24. Mai wird eine von Sir Lunn geführte Expedition englischer Ärzte in Franzensbad eintreffen. Am 26. Mai werden die Teilnehmer am Charkof-Kongresse in Leipzig, in Franzensbad verweilen.

Vertraub. In der Nacht vom Montag auf Dienstag rambden unbekannt Täter den Beiwagen des in Straßgasse stehenden rumänischen Zuges aus. Nach den vorläufigen Feststellungen wurden dreißig Verbrechen im Betrage von mehr als 10 Millionen Kronen enthaltende Sendungen entwendet. Die Polizeibeamten von Ost- und Westbuda haben die Verfolgung der Täter aufgenommen und auch einen Hinweis auf die Spur gefunden. Die Spur führt nach Rumänien. Der Vorfall ist um so rätselhafter,

auf die Straße mußten. Die meisten von diesen Delogierten zogen in die armenigen, hausfälligen Wohnhäuser der Vorstädte, wo sie in Not und Elend zugrundegehen werden. Aber diese können sich noch glücklich schätzen, im Vergleich zu ihren Leidensgenossen, deren arbeitslose Einrichtung einfach vor das Hausset gestellt wurde, ohne daß sie wußten, wo sie nun eine Wohnung, einen Schlafplatz, ein Loch finden könnten, um dortselbst mit ihrer Familie unterzukommen.

Nach Belgrad kommen andere Städte an die Reihe. Der 1. Juni wird ganz bestimmt für tausende Mieter, für tausende Familien im ganzen Staat, ein verhängnisvolles Datum sein, an dem wieder alle jene Mieter sieden werden müssen, auf die die Zusagebestimmungen des neuen Wohnungsgesetzes keine Anwendung mehr finden. Was aber wird erst am 1. November werden, wenn das Wohnungs Gesetz vollkommen erfüllt? Behin werden die Mieter im regerischen Herbst ziehen, wenn sie aus ihren Wohnungen hinausgeworfen, sich auf der Straße finden werden?

Die Reichsverbände der deutschen Taubstummen in der Tschechoslowakischen Republik (Zug in Erinnerung) wird seinen jährlichen Bestand zugleich mit dem V. Taubstummentag vom 19. bis 21. Mai 1929 in Reichenberg feiern, wo die Verhandlungen über die tschechoslowakische (bzw. Zentralfürsorgestelle), über den Verlehrschein für Taubstumme und über die Beratungs- und Vermittlungsstelle geführt werden sollen. Der Reichsverband ist der einzige deutsche Schwerverband und die einzige deutsche Zentralfürsorgestelle in der tschechoslowakischen Republik u. hat je eine Zweigstelle in Brünn und Mähr. Schran. In den Städten Prag, Brünn, Mähr. Odrau, Reichenberg, Tepitz, Karlsbad, Gera, Marienbad, Jalsenau, Wepert, Trautenau und Leitmeritz besitzt er Lokalvereine. Der Reichsverband wird gemeinsam mit dem „Zweig Tschechoslowakischer Verband der tschechoslowakischen Taubstummenvereine“ die Gründung einer Spitzenorganisation — der Zentralarbeitsgemeinschaft aller Gehörlosen der Tschechoslowakei — durchführen. Der R. V. ist selbst auch Kollektivmitglied des Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschlands mit dem Sitz in Berlin und der „Internationalen Liga zur Wahrung der Rechte der Gehörlosen der Welt“. (Zu diesen drei Organisationen gehört weiter der 1. Komstanzer Gehörlosenunterstützungsverein (Zug Komoran), noch der Taubstummenverein „Blene“, Zug Reichenberg. Beide sind für immer aus diesen großen Organisationen ausgeschlossen. Der Lokalverein für Reichenberg und Umgebung des Reichsverbandes zählt über sechzig Mitglieder, der Verein „Blene“ dagegen 8-10.) Der Reichsverband sorgt für viele seiner Mitglieder durch dauernde und fallweise Untersuchungen, durch Rat, Vermittlung und Nachsicht und ist um deren seelische Förderung bemüht. Er hat in Leitmeritz einen Neubau mit sechs kleinen Wohnungen durchgeführt, der später als Taubstummen-Asyl verwendet werden soll.

Geschieden, ohne es zu wissen. Vor einem Münchener Gericht kam der eigenartige Fall zur Sprache, daß ein Mann bei seiner Frau lebte, ohne daß er von der längst erfolgten Scheidung seiner Ehe etwas wußte. In der Verhandlung ergab sich — nach dem Bericht der „Münchener Post“ — folgende sonderliche Diskussion: Richter: Sie geben zu, daß Sie den Geldbeutel Ihrer Frau zu sich genommen haben. Das ist doch Diebstahl. — Angeklagter: Den hat sie in da Wohnung verloren und da hab'n in aufklaubt. — Richter: Der Geldbeutel war doch Eigentum Ihrer Frau, von der Sie geschieden sind. — Angeklagter: Das woaß ich gar nei. I hab erst vom Schwigno was vom Gscheidnsein erfahren. — Richter: Sie sind seit 25. Dezember 1911 rechtmäßig geschieden. — Angeklagter: Ma hat mei Frau Isa Wort g'lagt, daß i g'schiedn bin. Da war isa Verhandlung nei. Urteil hab i a laans kriegt. — Frau: I hab a erst vor zwea Jahr's Urteil zugestimmt. — Richter: Ja, haben Sie von Ihrem Rechtsanwalt nichts erfahren? — Frau: Der is im Rvieg g'sahn. — Richter: Leben Sie noch immer zusammen? — Frau: Er schläft auf'n Speicher und i herum. — Angeklagter: I woaß überhaupt nix vonara Gscheidung. — Richter: Sie müssen doch auch ein Urteil erhalten haben? — Angeklagter: Na, i hab nig in d' Händ kriegt. — Frau: Cam hat ma da-

Som Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Freitag, 11.15 Zehnminuten, 14.15 Konzert, 17.00 Zehnminuten, 17.15 Zehnminuten, 17.45 Deutsche Zehnminuten, 18.00 Zehnminuten, 18.15 Zehnminuten, 18.30 Zehnminuten, 18.45 Zehnminuten, 19.00 Zehnminuten, 19.15 Zehnminuten, 19.30 Zehnminuten, 19.45 Zehnminuten, 20.00 Zehnminuten, 20.15 Zehnminuten, 20.30 Zehnminuten, 20.45 Zehnminuten, 21.00 Zehnminuten, 21.15 Zehnminuten, 21.30 Zehnminuten, 21.45 Zehnminuten, 22.00 Zehnminuten, 22.15 Zehnminuten, 22.30 Zehnminuten, 22.45 Zehnminuten, 23.00 Zehnminuten, 23.15 Zehnminuten, 23.30 Zehnminuten, 23.45 Zehnminuten, 24.00 Zehnminuten.

Auswanderung nach Grönland? Infolge der Beschränkung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten haben die dänischen Behörden beschließen...

Eine antizipal-demokratische Filmkomödie. Ein interessanter Versuch (Schweiz) angestrichelt gegen die katholische Filmwelt in Wien und gegen die Lebensprovinz Oesterreich des Dominikaner...

Urgenchtigbar. In der Straßenbahn heute und heute ein kleiner Bub fürchterlich. Einem alten Herrn wird es endlich zu dumm und er sagt mit...

Die Ehre ist gerettet.

Der Verlagsdirektor eines bekannten amerikanischen „Magazins“ ließ seinen Chefredakteur kommen und fuhr ihn in größter Aufregung an...

„Das ist sehr einfach,“ erklärte der Redakteur nach einigen Nachdenken. „In der nächsten Nummer...

Da unsere Zeitschrift bekanntlich nur von gebildeten Leuten bevorzugt wird, haben wir einen Versuch gemacht, um unserer Konkurrenz diese Tatsache...

Podro M. Vogel.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Krankentafelmitglieder haben keine Verpflegskosten an öffentliche Krankenhäuser zu bezahlen.

Es nimmt in der letzten Zeit die Praxis überhand, daß die Verwaltungen der öffentlichen Krankenhäuser von den krankentafelnden Mitgliedern die Bezahlung von Verpflegskosten verlangen...

Es stützt sich auch dabei auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 28. August 1906, Z. 10.186, die folgenden Wortlaut hat:

„Die öffentliche Krankenanstalt darf von einem der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Rassenmitglieder das Verpflegsgeld nach Ablauf der 4 Wochen selbst dann nicht verlangen, wenn es vermögend ist.“

Dieselbe Auffassung vertritt das Gesundheitsministerium der Tschechoslowakischen Republik, welches mit Rundschreiben vom 28. April 1928, Z. 12.888, nachstehendes angeordnet hat:

„Die Krankenversicherungsanstalten führen wiederholt Beschwerde darüber, daß mancher Krankenhäuser nach Bezahlung des entfallenden Betrages durch die Krankenversicherungsanstalt für die Verpflegung von Mitgliedern den Rest der Verpflegskosten von den Kranken, bzw. deren Verwandten verlangen. Aus diesem Grunde erfolgen nachstehende Weisungen: Der Versicherte (Mitglied) ist, solange er gegen die Krankenversicherungsanstalten gemäß § 95-1, Zl. 2, des Gesetzes, Zlg. Nr. 221/1924, Ansprüche besitzt, auch dann nicht verpflichtet, nach Ablauf der vierwöchigen Verpflegzeit im Krankenhause diesem die Verpflegskosten nach der allgemeinen Klasse zu bezahlen, wenn er selbst oder seine Angehörigen oder Dependenden vermögend sind. Aus diesem Grunde sind die öffentlichen Krankenhäuser nicht berech-

ligt, die Bezahlung der Differenz zwischen dem an die Krankenversicherungsanstalt für die Verpflegung des Versicherten (Mitgliedes) bezahlten Betrages und den gesamten Verpflegskosten von dem zahlungsfähigen Pflegegenossen selbst oder seinen zahlungsfähigen Verwandten zu verlangen.

Soweit es sich aber um Familienangehörige handelt, ist die Differenz zwischen der täglichen Verpflegstage und dem von der Krankenversicherungsanstalt im Sinne des § 150 des Gesetzes, Zlg. Nr. 221/1924, gezahlten Betrage von 2 K zu verlangen und von dem zahlungsfähigen Familienangehörigen des Versicherten, gegebenenfalls von seinen zahlungsfähigen und zahlungspflichtigen Verwandten einzutreiben.“

Der Erlaß des Gesundheitsministeriums ist, soweit die Familienangehörigen in Frage kommen, wieder nicht klar genug, es muß da zunächst einmal genau festgesetzt werden, wer Familienangehöriger und wer zahlungspflichtiger Verwandter ist. Hier werden wohl nur die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über den Verwandtschaftsgrad in Anwendung zu bringen sein, und zwar insoweit, als nach diesem Gesetze eine Alimentationspflicht besteht: Gattin, Kinder, Eltern. Viel wichtiger als der Begriff „Zahlungspflicht“ ist aber der Begriff „Zahlungsfähigkeit“. Wird der Begriff „Zahlungsfähigkeit“ nach dem allgemeinen geschlichen Stande angenommen, so ist die Aufnahme eines Angehörigen in das allgemeine Krankenhause eine Katastrophe, die mit dem Ruin der ganzen Familie enden muß; denn zahlungsfähig ist nach dem Creditgesetze jeder, der einen Betrag von über 6000 Kronen jährlich verdient. Es ist ganz klar, daß der Begriff „zahlungsfähig“ in diesem Zusammenhange unmöglich in dieser Grenze gezogen werden kann und daß als zahlungsfähig nur der anzusehen ist, der außer seinem Arbeitseinkommen noch ein anderweitiges regelmäßiges Einkommen oder einen derartigen Besitz hat, der ein Einkommen regelmäßig abwirft. Es muß also hier mit vollem Recht verlangt werden, daß das Gesundheitsministerium seinen Erlaß wegen der Spitalskostenbezahlung für Familienangehörige der Rassenmitglieder, soweit der Begriff „zahlungsfähig“ und „zahlungspflichtig“ in Frage kommt, eindeutig präzisieren und so präzisieren, damit die unendliche Schikaniererei der Krankentafelmitglieder durch die Krankenversicherungsanstalten ein für allemal aufhört.

Genossenschaftliche Bankgeschäfte.

Ein Leser schreibt uns: Die Großeinkaufsgesellschaft Englands, berühmt durch den hohen Grad der Eigenproduktion, macht stetige Fortschritte. Zufriedenstellend ist auch der Umsatz der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft. Die von den Konsumgenossenschaften eingerichteten Agenturen und die Eröffnung einer neuen Zweigstelle in Westmanchester tragen wesentlich dazu bei, die Zahl der Konten der Gewerkschaften und der Einzelpersonen zu erhöhen. 8577 Gewerkschaften, 698 Arbeiterclubs und 5123 andere auf Gegenseitigkeit beruhende Organisationen tätigen ihre Bankgeschäfte jetzt

durch die Großeinkaufsgesellschaft. Der Umsatz der Bankabteilung belief sich im 3. Quartal 1928 auf 163.386.900 Pfund Sterling gegenüber 159.125.618 Pfund in der entsprechenden Periode des Vorjahrs. Das sind wirklich imponierende Ziffern. Und wie sieht es bei uns aus mit der Schaffung einer eigenen Arbeiter- oder Genossenschaftsbank?

Dem Einsender dieser Notiz möchten wir sagen, daß wir gegenüber der englischen Genossenschaftsbewegung in der von ihm erörterten Hinsicht einestheils deswegen zurück sind, weil die Genossenschaftsbewegung in England naturgemäß weit größer ist als die deutsche Genossenschaftsbe-

wegung in der Tschechoslowakei, aber hauptsächlich darum, weil in England die Großeinkaufsgesellschaft ohne weiteres eine Bankabteilung errichten konnte, während die Errichtung einer Bank der deutschen Verbrauchergenossenschaften in der Tschechoslowakei an eine Konzession gebunden ist, die eben noch nicht erteilt wurde. Immerhin möchten wir darauf hinweisen, daß sich die Genossenschaften ihrer Aufgabe, zu Sammelpunkten der Gelder der Arbeiterklasse zu werden, bewußt sind, was die Errichtung der Sparabteilung bei den Konsumvereinen bezeugt. Es wird sicherlich in der nächsten Zeit eine Form gefunden werden, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei sich ihr eigenes Finanzinstitut schaffen wird. D. Red.

Die Zinsgewinne der Banken.

Im „Internationalen Metallarbeiter“ finden wir die nachstehende Zusammenstellung über die Zinsgewinne der größeren Banken in der Tschechoslowakei:

Table with 3 columns: Bank name, Zinsen-erträge, Zinsen-löhnen, Zinsen-mehrerträge. Lists banks like Zivobank, Landesbank, Böhm. Eskomptebank, etc.

Bei vierzehn Banken ergibt also die Spannung zwischen Debet- und Kreditzinsen einen Gewinn von 457 Millionen Kronen. Außer diesen Einnahmen verzeichnen aber die Banken, noch einige andere Einnahmeposten, die freilich in ihrer Bedeutung nicht an die Zinsgewinne heranreichen.

Es ist wiederholt aus Kreisen der Wirtschaft auf die hohen Bankzinsen hingewiesen worden und nicht mit Unrecht wurde angeführt, daß dadurch die Industrie ganz unnötig schwer belastet wird. Auch diese Bankgewinne müssen die Konsumenten aufbringen, denn die Bankzinsen sind bereits im Verkaufspreis der verschiedenen Waren und Produkte inbegriffen.

Weisse Zähne

machen jedes Anlitz ansprechend und schön. Chlorodont-Zahnpaste... Chlorodont-Zahnbürste...

Moldau-Itall Karanwasser. Eine Zwischenlösung der Prager Wasserkalamität?

In den letzten Tagen hat sich die Prager Wasserkalamität zu einem wahren Skandal entwickelt. Nicht nur in den höher gelegenen oder in den Außenbezirken, sondern selbst mitten in der Stadt gibt es Tageländer in den höheren Stockwerken kein Wasser mehr. Und die städtischen Wasserwerke schieben die Schuld daran einfach auf die schwachen Maschinen im Wasserwerk von Karany, die durch die einzige (!) Nöhrenleitung nach Prag bei bestem Willen eben nicht mehr als 83.000 Kubikmeter täglich liefern können.

Durch dieses Kommunikations-, das beruhigend wirken sollte, ist die Desfassifikation natürlich erst recht in Erregung geraten. Ist es schon unglücklich, daß eine Großstadt von einer einzigen Nöhrenleitung abhängt, dann ist es schon gar unverantwortlich, daß man nicht schon längst wenigstens die Nöhrenanlagen in Karany so weit vergrößert hat, daß sie das Schicksal von Wasser, das überhaupt durch den einen Nöhrenstrang geleitet werden kann, in den heißen Monaten auch wirklich liefern. Wasser gibt es ja im Gebiet der Nöhrenleitung mehr als genug. Für die leitenden Beamten der Wasserwerke gibt es noch Milderungsgründe, weil die anscheinend alle ihre Gedanken auf den Ausbau des neuen Moldau-Wasserwerkes in der Podoš gerichtete haben, aber das gilt nicht für den gewählten Gemeindefunktionär, der die Stelle eines Präsidenten der städtischen Wasserwerke bekleidet. Das ist keineswegs eine bloß repräsentative Funktion. Der Mann darf nicht nur ein paar Unterschriften liefern und zu allem Ja und Amen sagen, was ihm seine Beamten vorschlagen, der Mann muß auch eine eigene Initiative haben, muß mit aller Energie eingreifen und nachsehen, wenn es irgendwo in dem bürokratisch aufgebauten Apparat nicht recht funktionieren will. Auch bei objektiver Betrachtung kann man dem kommunistischen Ratshausklub — denn dieser hat seit

wielen Jahren den Vorständen der Wasserwerke gestellt — den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß hinsichtlich der Wasserversorgung Prags viel veräumt wurde, zumal durch die Wasserkalamität gerade die peripheren Bezirke, in denen hauptsächlich Arbeiter wohnen, in Mitleidenschaft gezogen sind. Gibt es doch eine ganze Reihe von Gemeinden in Groß-Prag, die bis heute keine Wasserversorgung haben, sondern wie das letzte Gebirgsdorf auf irgendwelche Brunnen angewiesen sind! Auch durch die Fertigstellung des Podošer Wasserwerkes, zu dessen Bestimmung gestern Pressevertreter eingeladen waren, werden die geliebten Verläumderlinge keineswegs befähigt oder entschuldigt. Die Prager Kommunisten haben da auf einem gerade für die arme Bevölkerung doppelt wichtigen Platz gänzlich verfaßt!

Die Frage, ob es wirklich die ideale Lösung der Prager Wasserkalamität ist, dem anerkannt guten Karanwasser gefiltriertes Moldauwasser beizumengen, bleibe dahingestellt. Sicherlich ist das gefiltrierte Wasser, wie auch das städtische Physikobst, gesunder als das aus dem Gebirge kommende einwandfreie. In einem Trinkwasser gehört aber schließlich mehr als bloße Bakterienfreiheit, abgesehen davon, daß man auch mit dem eckelhaften Vorurteil aller Jener rechnen sollte, die die schmutzigen Moldauwässer bei Podoš sehen und sich vergewisserten müssen, daß ihnen dieses Wasser — wenn auch vollkommen einwandfrei filtriert — ab morgen ins Haus geliefert werden kann. Wohl heißt es, daß das neue Wasser hauptsächlich Industrienutzungen geliefert werden soll, die es gut verwenden können, weil es keinen Restschleim absetzt; in Wirklichkeit steht die Sache aber so, daß für dieses Karanwasser ja keine getrennten Leitungen — vom Reservoir ab — existieren, und daß daher mit dem Industrienutzungen zugleich das ganze Viertel rings herum das mindere Wasser als Trinkwasser konsumieren muß. Ganz unkonkret wird man wohl z. B. in Wien nicht Hochquellenwasser Hunderte von Kilometern weit aus dem Gebirge beziehen, wo

doch schließlich aus der nahen Donau Flußwasser zum Filtrieren genaugen zu haben wäre. Als Trinkwasser einer Großstadt ist eben immer Quellen- oder Grundwasser vorzuziehen; Filtration von Flußwasser sollte nur ein Behelf im äußersten Notfall sein, und daß dieser Notfall in Prag tatsächlich vorliegt, wird wohl niemand ernstlich behaupten wollen.

Nun steht das Podošer Wasserwerk, das 28 Millionen verschlungen hat, schon einmal fast fertig da und man muß sich mit dieser Tatsache auseinandersetzen. So gut man kann, so das Moldauwasser als Zusatz zum Karanwasser schmackhaft sein wird, wird jeder Prager in der nächsten Zeit durch eine Kostprobe selbst zu entscheiden vermögen. Hier kann man ihn nur darüber hinwegtrösten, daß wenigstens technisch bei der Anlage des Werkes alles getan wurde, um den Moldauwässern und die Bakterien resistent zu machen. Das ist nicht einmal eine so große Hezerei; man braucht bloß das Beispiel der Natur nachzuahmen, die ja auch ihr Quellwasser nur durch Erdschichten filtriert.

Die Wasserentnahme für das Podošer Werk, das unmittelbar am Moldauufer sich in ansehnlichen Dimensionen — dreißig Meter mit der Grundfläche 70 x 90 Meter — erhebt, erfolgt durch Schöpfanlagen einerseits aus dem Hauptstrom der Moldau, andererseits aus Brunnen auf der vorgelagerten Schwarzenberginsel, die Grundwasser liefern. Die größten Verunreinigungen werden schon hier durch entsprechende Gitter und Siebe zurückgehalten. Durch entsprechend dimensionierte Nöhren wird das Rohwasser, zunächst in drei großen Sammelbrunnen geleitet, und hierauf in den höchsten Stock des Werkes gepumpt, wo es schmutzig gelb — nicht allzu appetitlich — aus zwei großen Öffnungen hervorquillt. Fluß- und Grundwasser sind da noch getrennt. In langen Kanälen, in denen das im Grundwasser enthaltene Eisen ausgefällt wird, geht es dann dem ersten Filter zu. Durch das große Stockwerk laufen starke abgestufte Wasserbetten, die mit grobem Schotter gefüllt sind. In diesen Vorfiltern setzt das Wasser seine größten Ver-

mischungen ab, wird durch Drainageröhren aufgefangan und über ein breites Band als Wasserfall zum nächsten Filter geleitet. Dabei kommt es in großer Oberfläche mit dem Luftsaurestoff in Berührung, der ebenfalls bei der Reinigung eine große Rolle spielt. Diese Filter werden von Zeit zu Zeit an Ort und Stelle mit Wasser und Preßluft durchgespült; und das Schmutzwasser dann direkt in die Kanäle abgeleitet.

Hat das Wasser diese Vorfilter passiert, dann ist es von allen mechanischen Beimengungen und zu 80 Prozent auch von Bakterien rein. Es kommt nun ins nächste Stockwerk, wo es schon ganz manlich rein wieder aus zwei großen Springbrunnen hervorprudelt, um die seinen Sandfilter zu durchlaufen, deren es zwölf Stück gibt. Hier filtert das Wasser nur mehr ganz langsam durch, gibt seine letzten Bakterien her und gelangt dann wieder einen Stock tiefer in die Wasserlammer, die 15.000 Kubikmeter fassen. Von hier wird es dann in die Reservoire in die einzelnen Stadtteile gepumpt, nachdem es noch zuvor eine Chloranlage überstanden hat. Ein Milligramm Chlor auf ein Liter macht auch den letzten mit vieler List so weit vorgebrungenen Bakterien den Gar aus.

Für den Fachmann wie für den Laien ist der Niefenbetonbau an und für sich bewundernswert. Die ungeheure Last der Wassermassen in den Filterbetrieben und Vorratskammern wird von einem fast tierlich anmutenden Pfeilerwerk aufgenommen, das sich nach oben in Spitzbogen zusammenzieht. Man glaubt es kaum, daß jeder dieser schmalen Pfeiler eine Last von zehn Eisenbahnwaggons gleich 100 Tonnen tragen muß. Was muß dann erst die Betonplatte aushalten, die in einer Tiefe von 52 Zentimetern dem ganzen Gebäude als Grundlage dient! Und wieviel Arbeit am Schreibtisch, wieviel unmaßliche Berechnungen und Zeichnungen haben erst die geistige Grundlage zu diesem Bau geliefert, der der größte Eisenbetonbau der Republik ist und rein technisch für die Wasserfachleute der halben Welt eine Art Welta darstellend soll.

Ein Diktator.

Direktor Hecht und seine Beamten in der Länderbau.

Aus Bankbeamtenkreisen wird uns geschrieben: Direktor Hecht veröffentlicht im „Prager Tagblatt“ einen Artikel, in welchem er sein eigenmächtiges Vorgehen der Beamenschaft gegenüber abzuschwächen bzw. zu rechtfertigen versucht.

Direktor Hecht, der in seinem großen Ansehen Preis in der Zions ein leuchtendes Vorbild sieht und sich als Schildträger des Kapitalismus im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung und seinerseits gerne Vorbeden holen möchte, verfährt dabei nur eines: Während seiner nicht nur als Exponent der mächtigsten Kapitalistengruppen, der Finanz, der Industrie und der Landwirtschaft, sondern insbesondere als Politiker, der zufolge der jetzigen Regierungsmajorität als ungetrübter Herrscher im Staate gelten kann, ist Herr Hecht nichts anderes als ein Momentanvornam im Glanz begünstigter Bankdirektor, der wohl in seinem Wirkungsbereich ein gewisses Ansehen genießt — obwohl auch hier keine Verdienste nicht ganz unbefristet sind — der jedoch durchaus nicht die Legitimation besitzt, sich über bestehende Geschäftsformen hinwegzusetzen.

In der ganzen Welt ist es üblich, und jedes Dienstmädchen, das in Lohn geht, wird darauf Wert legen, daß die Befolgung eines Arbeitnehmers nach gegenseitigem Uebereinkommen erfolgt. Herr Direktor Hecht glaubt befugt zu sein, durch sein Machtwort allein und einseitig die Entlohnung für Hunderte seiner Angestellten im Wege eines Diktats festsetzen zu dürfen.

Wenn er dann im „Prager Tagblatt“ zu behaupten wagt, das äußerste für die Beamten getan zu haben, das die Tragfähigkeit des Personalbudgets zuläßt, so kann man darauf erwidern, daß ein Budget, welches für die Gehaltsregulierung von hunderten Angestellten 1,9 Millionen, für die Remuneration von vier Direktoren 2 Millionen aufweist, leicht tragfähig gemacht werden kann, indem man den Beamten etwas abnimmt und es den Hunderten armer, um ihre Existenz ringender kleiner Beamten zuführt. Eine Stabilisierung aber, wobei ein Teil der Beamenschaft gleichwohl oder weniger bekommt wie vorher, als „Beifertigung“ zu bezeichnen, ist eine bewährte Art der Vorfahrung der Gerechtigkeit.

Die Behauptung, daß die Beamten der Länderbau zu den bestbezahlten im Staate gehören, mag ja im gewissen Sinne zutreffen, denn wenn in allen Banken ein Protektionssystem herrscht, das gewissen Zehnen, Fesseln, Schwägeren usw. unvergleichlich besser bezahlt, als es sonst für derartige Leistungen üblich ist, so ist dies in der Länderbau in ganz besonderem Ausmaße der Fall. Daran ist die perzentuelle bessere Bezahlung der Beamenschaft des Institutes im allgemeinen erweisen zu wollen, kann nur ein so geriebener und bedenkenloser Chef, wie Herr Direktor Hecht ist, versuchen.

Verbotene Bankbeamtenversammlung.

Die beiden Bankbeamtenorganisationen wollten am Freitag eine öffentliche Protestversammlung am Hauptplatz in Prag abhalten, worauf ein Demonstrationzug über den Wenzelsplatz, Graben, auf den Platz der Republik stattfinden sollte. Die Versammlung, welche als Protest gegen die Länderbau und deren Direktor Hecht einberufen werden sollte, wurde jedoch von der Polizei mit der Begründung unterbunden, daß der Strafverlecher gestört wäre. Wenn es sich um einen agrarischen Anzug oder um eine Prozession der Mexikalen gehandelt hätte, hätte die Polizei gegen die Verlecherung wohl nichts einzuwenden gehabt. Die Polizei ist eben rechtlich bemüht, den Herrn Direktor Hecht von der Länderbau zu schützen, damit er nicht die wahre Meinung der Beamten über sich selbst erfahre.

Kunst und Wissen.

Die Nachfolge Steinbergs. Von den für die Nachfolge H. W. Steinbergs in Betracht kommenden Bewerbern wurden von Direktor Volkner zunächst Georg Zzell, derzeit erster Kapellmeister an der Berliner Staatsoper Unter den Linden, sowie Generalmusikdirektor Paul Breitsch vom Stadttheater in Mainz in die engere Wahl gezogen. Georg Zzell wird am 12. ds. „Vohengrin“, Generalmusikdirektor Breitsch am 20. ds. „Fidelio“ gastweise dirigieren.

Die Konzerte der Wiener Philharmoniker mit Auftragskonzerten finden in dieser Saison nicht mehr statt. Restliche Karten können bis zum 15. ds. in den Vorverkauf zurückgegeben werden.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Donnerstag, 7 Uhr (173-4): „Don Juan“. Freitag, 7 1/2 Uhr (173-1): „Seld auf der Straße“. Samstag, 7 1/2 Uhr (174-2): „Lulu“. Sonntag, 6 1/2 Uhr (175-3): „Vohengrin“. Montag, 7 Uhr (176-4): „Singende Venus“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: Aufführung: „Hier Deutschen sind verlobt“. Freitag: Kulturabend: „Hörsner“. Samstag: „Hörsner“. Sonntag, 3 Uhr: „Unerwartete Geschäftsauffahrt“. 7 1/2 Uhr: „P.P.“. Montag, Bankbesuch: „Hier Deutschen sind verlobt“.

Literatur.

„Goethe und Beethoven.“ Von Romain Rolland, 108 Seiten, Halbpergamament 6 Fr., 4.80 Mark. Rotapfel-Verlag, Zürich-Leipzig. Dieser neue Essay von Romain Rolland, französisch in Buchform nicht erschienen, ist ein wundervoll ausgelegenes Seelengemälde. Auf streng wissenschaftlicher Grundlage baut Rolland ein dichterisches Bild der bedeutenden Begegnung auf, das sich nicht wie ein feines Kammerstück, ein tragisches Spiel ist es: Spät erst treffen sich Goethe und Beethoven. Beinahe, die lebensprägende, beiden innig verbundene, nicht sich um ihre Begegnung, Anstößt. Sie stoßen wie zwei fremde Welten aufeinander. Goethe, schon alt und in Sorge um die mühsam erworbene Ruhe, die gemessene Ordnung, die er sich geschaffen, erschrickt vor der Dämonie, der elementaren Wucht von Beethovens Musik. Er fürchtet die Erschütterung und weicht ihr aus. Beethoven dagegen versteht nicht, wie Goethe sich einschieben kann in die bürgerliche Weltordnung, in Konvention und Sitte. Er, der immer Bewegte, verachtet ihre starre Form und macht sich über sie lustig. Und so bleibt die Begegnung fruchtlos. „So gehen die Menschen aneinander vorbei und sehen sich nicht. Der eine, der lebendste, hat den anderen nur zu kränken gewußt. Der andere, der zuletzt Verstorbene, hat den niemals erkannt, der ihm der nächste war; den größten, den einzigen, der feinsten, der seiner würdig war.“ Das Spiel geht tragisch aus. Mit einer Feinheit, die noch das Leiseste und Tiefste hörbar macht, ist Rolland allen Stufen dieser innigen Auseinandersetzung gefolgt. Wir gehen sie mit ihm und stehen ergriffen am Ende, welcher geworden um eine eigenartige, groß geschauter Deutung Goethes, sowohl wie Beethovens.

„Die Tragödie der Frau.“ Das Problem der letzten Jahre. Von Karenarzt Dr. med. Alfred Dannhauser. Kart. 2.50 Mark, in Gebirgsleinen 3 Mark. Walter Fieders-Verlag, Züritgari. (Porto 30 Pfennige.) Durch Überwindung des „gefährlichen Alters“ zu harmonischer Lebensgestaltung, zu Lebensglück, zu Lebensfreude überhaupt, will dieses neue Buch eines erfahrenen Arztes verheißt. Es will der reifen Frau ans beängstigenden Wirrwirren und großer seelischer Not Wege weisen zur Gesundheit; der jüngeren Frau gibt es vordringende Ratsschläge, und ist somit ein wichtiges Buch für alle Frauen! Denn groß ist die Not, die schicksalhafte Geschehen und eigenes Verhulden der

Frau oft bringen. Hier wird ein Abschnitt des weiblichen Daseins beleuchtet, den jede Frau zu überwinden hat. Hier werden Fragen aufgeworfen, mit denen sich jede Frau auseinandersetzen muß. Niemand ist berufener, darüber zu schreiben, als der erfahrene Arzt. Das Buch läßt seelische Räte erblicken, versteht und hilft sie zu überwinden. Es will helfen, will vorbeugen und heilen, es gibt Winke zur harmonischen Gestaltung der tragischen Lebensperiode und hilft der Frau zur lustvollen, zufriedenstellenden Lebensgestaltung überhaupt.

Bereinsnachrichten.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag. Am Sonntag, 12. Mai, findet unsere Maiwanderung statt. Als Ziel wurde Wegstädt gewählt. Der Jahrespreis (mit Ermäßigung) beträgt: Prag—Wegstädt 9.00 K., Böhm—Prag 8.80 K.; für Nichtmitglieder 27.00 (9/10 und zurück). Abfahrt 7 Uhr früh, Denischbahnhof, Zusammenkunft um 7 1/2 Uhr. Legitimationen mitbringen! Anmeldungen bei den Funktionären. Gaste willkommen!

Ausführung. Freitag, 10. ds., um 8 Uhr abends im Restaurant „Pragovar“, in Florenz. Erscheinen aller Funktionäre Pflicht!

Sport * Spiel * Körperpflege

Die internationale politische Gefahr des bürgerlichen Sports.

Die Neutralitätsschreiber und dazwischen in den bürgerlichen Sportverbänden haben durch die politischen Auswirkungen des Ländersportspiels Österreich gegen Italien bittere Willen zu schlucken bekommen. Die römische Zeitung „L'Espresso“ ist über die Niederlage der italienischen Fußballmannschaft so empört, daß sie eine Vergeltung nur noch durch Bomben auf Wien sieht. Andere solistische Tageszeitungen urteilen nicht viel besser. Was hat der bürgerliche Sport mit der Politik zu tun? Diese Frage hat der Faschismus durch den Ruf nach Bomben auf Wien wegen eines Fußballspiels ganz klar beantwortet. Die Erziehung im bürgerlichen Sport, die in der Jagd nach Siegen und Meistertiteln gipfelt, peilt die Anhänger der gegeneinander spielenden Sportler aus. Sie verlangen von ihrer Partei Siege um jeden Preis. Bei Ländersportkämpfen stehen nicht Sportler gegen Sportler, sondern Nation sieht gegen Nation. Die nationalistischen Leidenschaft sind dabei auf das Heftigste ausgeartet und machen sich, je nach Sieg oder Niederlage, Luft. Nicht etwa gegen die Spieler, die durch ihr Können oder Risikofähigkeit Sieg oder Niederlage verschulden, sondern gegen die Nationen, der die Sieger oder Unterlegenen angehören.

Es ist richtig, die sportlichen Handlungen auf dem Spielfeld sind keine politischen Handlungen, auch wenn sie durch Rohheit noch so entfernt sind von der Sportlichkeit. Aber darauf kommt es bei der Sache nach den politischen Magneten des bürgerlichen Sports auch nicht an. Tatsache ist vielmehr, daß der bürgerliche Sport durch seinen Geist, seine Ziele nach Siegen, Meistertiteln und Ruhm zum politischen Werkzeug geworden ist. Solange dieser Geist mit seinen Begleiterbestimmungen (Rohheit im Spiel, Zielvorgabe der Zuschauer usw.) in Zusammenhängen von Mannschaften des eigenen Landes in Erscheinung trat, äußern sich die Auswirkungen in einer Verstärkung des Lokalpatriotismus, im Eingreifen der Polizeibehörden und in Pressefeldzügen. Die Staatsbehörden haben immer noch die Macht, den vordringenden und sich bekämpfenden Parteien Fesseln anzulegen. Die Gefahren der Begleiterbestimmungen herrlicher Handlungen können also noch im eigenen Lande

Frauenabend

am Freitag, den 10. Mai um 8 Uhr abends im Café Rizza (Spielzimmer). Weitere Vorstellungen alpenländischer Dichter durch Genossen Hofbauer. Zu zahlreicher Teilnahme an beiden Veranstaltungen lädt herzlichst ein

Das Bezirksfrauenkomitee.

gebaut werden durch Gesetze, die für alle sich bekämpfenden Parteien maßgebend sind.

Bei Ländersportkämpfen dagegen müssen die durch Ruhmsucht verursachten Auswirkungen auf die Nationen, die zu ihren kämpfenden Sportlern stehen, zur internationalen Gefahr werden. Kein Staatsanwalt ist in der Lage, gewalttätige Ausbrüche der nationalen Leidenschaft zu verhindern. Das Kriegsgespenst lauch auf.

Das alles wegen einem Sporttreffen, dessen Auswirkung — hervorgerufen durch eine von Ruhmsucht und Größenwahn geleiteten Sporterziehung ein Wert zugewiesen wurde, der dem Sieg oder der Niederlage einer ganzen Nation gleichkommt. Diese Erziehung durch den bürgerlichen Sport hat ihn zum politischen Werkzeug der Gegenwart und zur internationalen politischen Gefahr gemacht.

Die deutschen Arbeiter-Athleten-Meisterschaften.

Die vor ungefähr sieben Monaten begonnene Kämpfe im Gewichtheben und Ringen um die Kreismeisterschaften des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands sind zum Abschluß gekommen. Die Kämpfe der Meister um die Bundesmeisterschaften sind und dann um die Bundesmeisterschaften stehen bevor. In beiden Sportarten wurde manche alte Kreismeistermannschaft von jungen Mannschaften überraschend geschlagen. Die Leistungen im Gewichtheben reichen nicht ganz an die des Vorjahres. Die Kämpfe im Ringen mit der fortgeschrittenen Ringkampfstil waren vorzüglich gelungen.

Genossen!

Tragt bei jeder Gelegenheit Eure Parteiabzeichen!

STEMPEL
erzeugt schnell
Franz Chmel,
Prag II., Nekozanka 18

Hühneraugen
Hornhaut besichtigt
in einigen Tagen nur
VITEK'S
„Anticornein“
Eine Flasche K5 6.—
Zu haben in Apotheken u. Drogerien.
Allein erbt von
Fr. Vitek & Co., Prag II.
Vodickova 33.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch, Gbefecktheater; Wilhelm Nischner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Oranek, Prag.
Druck: Kola K. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Galik, Prag.
Die Zeitungswirtschaftler wurde von der Verh. u. Telegraphenbesitzer mit Erfolg Nr. 127451/VI/27 am 21. Mai 1929 bewilligt.

Amsterdamer Wochenmärkte.

Amsterdam hat bis heute noch keine Zentralmarkthalle, obwohl ihr Plan, für den sich der führende sozialdemokratische Ratsherr De Miranda aufs entschiedenste eingesetzt hat, seit Jahren geplant wird. Deshalb haben die Wochenmärkte mit aller ihrer Romantik, die hier und da an bestimmten Marktagen in den Straßen abgehalten werden, noch heute ihre besondere Bedeutung. Namentlich der Abend des Sonnabends ist der Höhepunkt des Wochenmarktwesens.

Der Wochenmarkt, der meistens in einer Hauptstraße schneidenden Querstraße stattfindet, ist seinem Wesen nach ein großer Jahrmarkt. Da sieht Bude an Bude, Wagen an Wagen, und alles, was man nur brauchen kann, ist hier zu haben. Die Verkäufer rufen an den Marktagen vom Morgen bis zum späten Abend ihre Waren aus, am Sonnabend bis 11 Uhr abends, weil an diesem Tage auch die Läden in den holländischen Städten bis zu dieser späten Stunde geöffnet sind. Da schallen die Ausrufe von Wirt und Käufer, und jeder Käufer, der nur einen Augenblick stehen bleibt, hat schon den Verkäufer neben sich stehen, der ihm seine häufig mildererwogene Ware mit den verlockendsten Worten aufzureden sucht.

Es hier fastüberdies alles zu haben. Da ist der Käsestand, über dessen Edamer, Goudaer und andre Käse die Karbidlampe in den Abendstunden ihren nicht gerade angenehmen Duft verbreitet. Dabei ist der Käse hier keineswegs billiger als im Laden. In dunkler Reihe

folgt ein Porzellanwagen, auf dem von irgendeiner Konfursmasse aufgekauft Tassen, Tannen, Töpfe, fast alle mit kleinen Fehlern, durcheinandergeworfelt liegen und durch sehr viele Hände gleiten, bevor einer der zahlreichen diese Bestände kritisch untersuchen sich zum Kauf entschließt. Dann folgt ein Blumenstand mit Topfpflanzen, an denen der Käufer nicht immer viel Freude hat. Kleine blühende Hyazinthen mit Topf zu 15 Cent, Geranien zu 35 bis 50 Cent, Topfpflanzen in allen Farben sind hier im Lande der Blumen zu haben. Auch Wagen mit Schnittblumen fehlen nicht. Die Blumen mögen bisweilen schon etwas will sein, aber wer wollte bei einer roten oder gelben Tulpe zu 3 oder 4 Cent das Stück etwas dagegen einwenden, wenn er sich jetzt im Lenz für billiges Geld ein wenig Blumenfreude ins Zimmer holen kann.

Ein eigenes Kapitel sind die Fischstände, hinter denen die biedereren Geschäften der Fischer in gewaltigen dunkelblauen Pumphosen und mit den historischen Klumpfüßen stehen. Alle Sorten Seefische, aber auch Kalk werden hier verkauft. Vor den Augen des Käufers werden sie sorgsam zurechtgemacht, so daß der Käufer selbst kontrollieren kann, daß der Verkäufer auch wirklich lebende Ware auf den Markt gebracht hat. Fische sind ein billiges Nahrungsmittel, zumal hier in einem Küstenlande, und so sind diese Stände fast immer von dicken Scharen Käufer umgeben. Der Fischer hat es verhältnismäßig leichter als andre Verkäufer, seine Ware an den Mann zu bringen, und deshalb sind manche Wagen bereits in den frühen Morgenstunden ausverkauft.

Auch die Obstbändler auf den Wochenmärkten

machen bisweilen gute Geschäfte. Da stehen die Wagen mit Südfrüchten aller Art, Apfelsinen in drei bis vier verschiedenen Preisklassen, alle noch der heterogenen Verästelung des Händlers „hungsüß“. Bananenbändler sind ein eigenes Genre dazwischen. Sie führen große Mengen Bananen zu 1, 5, 6 und 7 Cent das Stück, je nach der Größe, mit sich, die auf einer der großen Bananenversteigerungen Amsterdams vielleicht aus irgendwelchen Gründen keinen Käufer finden und trotz leichter Anreizungen, da sie vielleicht schlecht gelagert waren, hier auf dem Wochenmarkt sehr begehrter sind. Wieder andre Obstbändler haben Früchte unserer Zone, wie Äpfel und Walnüsse, Sturz und gut: es haben sich unter den Obstbändlern der Wochenmärkte geradezu Spezialisten herausgebildet.

Der Marktchlachter darf natürlich ebenfalls nicht fehlen. Seine Aufbewahrung des Fleisches ist nicht immer ganz hygienisch, zumal im Sommer, wenn Fliegen und Mücken sich, vom Tanz im Sonnenschein ermüdet, auf fastigen, frisch abgeschlachten Fleischstücken zu lodender Raft niederlassen. Aber auch der Marktchlachter hat seine Kundschaf, wenn es auch meistens nur Kaufstücker ist, der gerade irgend ein Stück besonders ins Auge fällt. Seine Ergänzung für den Mittagstisch findet er in den Marktgemüsehändlern und den zahlreichen Kartoffelhändlern. Auch Kleidungsstücke und Stoffe werden an einzelnen Ständen verkauft. Dabei spielt ebenfalls die aus Konfursmassen aufgekauft Ware eine große Rolle. Schürzen und namentlich Kinderkleidung werden auf dem Marke viel gehandelt, und an diesen Ständen entspinnt sich recht eigentlich das Feilschen um die Preise. Für die

Erhaltung der Fußbekleidung sorgen Stände mit Gummistiefeln und Gummisohlen für alle Schuhgrößen, die nur den einen Mangel haben, daß man oft sehr lange suchen muß, bis man zwei zusammenpassende Nummern aus dem Stapel von Sohlen und Abfüßen herausgefunden hat.

Die ganz erstaunliche Reichhaltigkeit der Wochenmärkte ist mit dieser Aufzählung noch keineswegs erschöpft, und es ist namentlich in den Abendstunden ein fast orientalisches anmutendes Bild, wenn am Sonnabend als am Hauptverkaufstage der holländischen Hausfrau Stand für Stand und Wagen für Wagen beleuchtet sind. Die Käufer und Käuferinnen sind zwischen den Ständen in einer solchen engen Marktschicht drängen, die heiseren Stimmen der gerade unerschäftigten Verkäufer erschallen und dann doch wieder hier und da ein Auto sich mit mahndem Getöse vorsichtig durch den Trubel hindurchwindet. Diese Romantik ist freilich auch ein sinnvoller Ausdruck der Not unserer Zeit. Nicht unfern liegen diese Wochenmärkte fast immer in mitten dicht bevölkertem Arbeiterwohnviertel, in denen so manche Arbeiterfrau gezwungen ist, von dem lächerlichen Lohn so hartam wie möglich einzufahren. Unter den Verkäufern aber sind manche Leute, die einstmals bessere Tage erleben haben und nun, durch Schicksalsschläge in ihrem Beruf entwürzelt, auf die mühselige Weise ihr Leben fristen. Es ist die Symphonie der Not, die hier ertönt und sich den Beifang einer Romantik borgt, die im Grunde doch eine Lüge ist.

Das Bürgermeister.